



BDI

Bundesverband der
Deutschen Industrie e.V.

QUARTALSBERICHT USA

US-Wirtschaft bleibt auf starkem Kurs

Quartal III und IV / 2015

- **Die US-Wirtschaft wuchs dank des steigenden Konsums der privaten Haushalte im dritten Quartal 2015 stärker als ursprünglich erwartet**, bleibt aber mit 2,1 Prozent hinter dem Wachstum des zweiten Quartals zurück. Die guten Arbeitsmarktzahlen deuten auf ein robustes Wachstum zum Jahresende hin.
 - Während sich Hillary Clinton nach dem Verzicht der Kandidatur von Vizepräsident Joe Biden bereits auf den Präsidentschaftswahlkampf einstellen kann, bleibt das **Nominierungsrennen der Republikaner hart umkämpft**. Überraschenderweise führt Donald Trump die Umfragen weiterhin deutlich an. Jeb Bush verliert zunehmend an Zustimmung.
 - Interne Streitigkeiten innerhalb der republikanischen Partei aufgrund der zunehmenden Blockadehaltung der *Tea Party* führten zum **Rücktritt von John Boehner als Sprecher des Repräsentantenhauses des Kongresses** sowie einer Führungskrise in der republikanischen Partei.
 - **Die USA konnten am 5. Oktober zusammen mit elf weiteren Pazifikanrainern die Verhandlungen über die Transpazifische Partnerschaft (TPP) abschließen**. Das Abkommen beinhaltet neben deutlichen Fortschritten bei Zollabbau und Marktzugang unter anderem auch ambitionierte Regeln zur Verhinderung von Währungsmanipulation, zum digitalen Handel, zu Wettbewerb und regulatorischen Handelsbarrieren.
-

Inhaltsverzeichnis

Wirtschaftliche Lage.....	4
Wirtschaftswachstum.....	4
Sparquote und Konsum	5
Investitionsquote.....	5
Arbeitslosigkeit.....	6
Immobilienmarkt	6
Staatsschulden/ Haushaltsdefizit	7
Außenhandel	7
Energiedaten	8
Wechselkurs des US-Dollars	9
Politische Lage: Innen- und außenpolitische Entwicklungen.....	11
Innenpolitik	11
US-Kongress- und Präsidentschaftswahlen.....	11
Paul Ryan zum neuen Sprecher des Repräsentantenhauses gewählt	12
Justiz	12
Transfer personenbezogener Daten	12
Wirtschaftspolitik.....	13
Haushaltspolitik.....	13
Geldpolitik	15
Energie-, Umwelt- und Klimapolitik.....	16
Ölbohrungen in der Arktis	16
Keystone XL-Pipeline.....	16
Ölexportrestriktionen.....	17
Clean Power Plan	17
Volkswagen-Abgasaffäre	18
Internationale Klimapolitik	18
Handelspolitik	18
Export-Import Bank.....	18
Transatlantic Trade and Investment Partnership (TTIP)	19
Abschluss der TPP-Verhandlungen	20
WTO-Ministerkonferenz in Nairobi	23
Außen- und Sicherheitspolitik	27
Kampf gegen ISIS.....	27
Syrien-Krise	28
Lage im Südchinesischen Meer	28
APEC-Gipfel.....	29

Ausblick.....	30
Quellenverzeichnis	31
Impressum	33

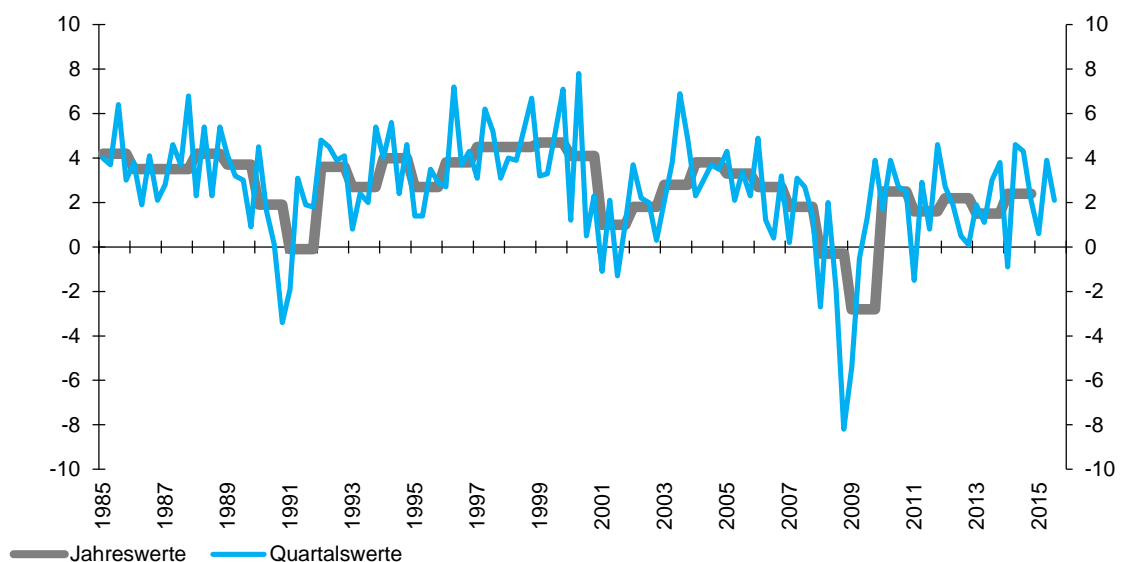
Wirtschaftliche Lage

Wirtschaftswachstum

Die US-Wirtschaft wuchs laut dem *U.S. Bureau of Economic Analysis* (BEA) im zweiten Quartal auf das Jahr gerechnet um 3,9 Prozent. Im dritten Quartal verlangsamte sich das Wachstum auf 2,1 Prozent. Insgesamt legte das Bruttoinlandsprodukt (BIP) im Verlauf des Jahres nach einem schwachen Start im ersten Quartal deutlich zu. Der IWF erwartet laut seiner Prognose vom Oktober 2015 für das laufende Jahr ein Gesamtwachstum von 2,6 Prozent und von 2,8 Prozent für 2016.

Im dritten Quartal trugen laut BEA private Konsumausgaben, öffentliche Ausgaben, Anlageinvestitionen, Exporte und Immobilieninvestitionen positiv zum BIP-Wachstum bei, wenn auch etwas schwächer als im zweiten Quartal 2015. Negativ auf das Wachstum wirkten sich hingegen Importe und vor allem ein Rückgang der privaten Lagerinvestitionen aus.

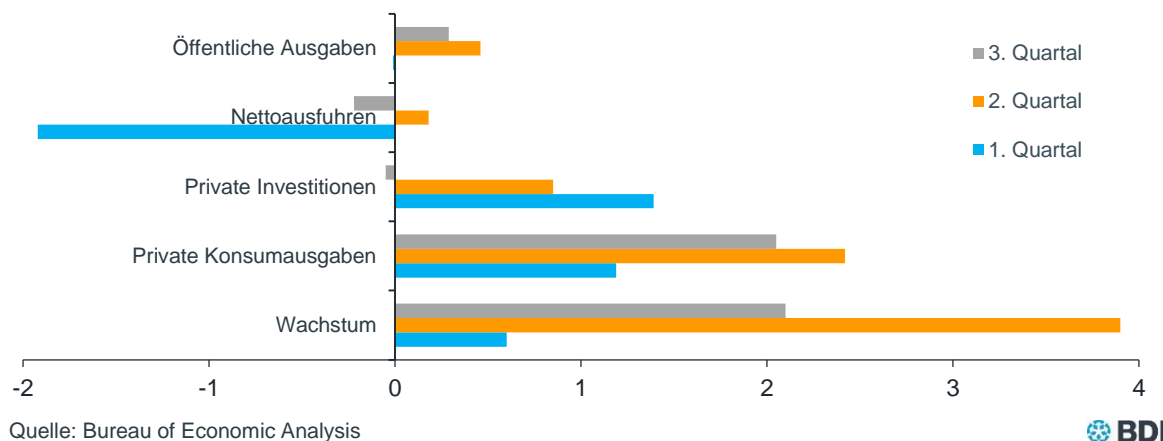
Reales Wachstum des BIP in Prozent



Quelle: U.S. Bureau of Economic Analysis



Beitrag zum BIP-Wachstum in Prozent: die ersten drei Quartale 2015 im Vergleich



Sparquote und Konsum

Laut dem BEA stieg das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte im dritten Quartal 2015 um 4,1 Prozent im Vergleich zum dritten Quartal 2014 beziehungsweise um 1,3 Prozent im Vergleich zum zweiten Quartal. Nachdem die privaten Ersparnisse als Teil des verfügbaren Einkommens in Q2/2015 auf 5,0 Prozent gesunken waren, stiegen sie in Q3/2015 wieder auf 5,2 Prozent. Der Anteil des Konsums am verfügbaren Einkommen sank im dritten Quartal leicht auf 91,5 Prozent. Im zweiten Quartal hatte er noch 91,7 Prozent betragen.

Die niedrige Inflationsrate, sinkende Energiepreise, steigende Gehälter und Beschäftigung sowie günstige Kredite steigern das verfügbare Einkommen von US-Verbrauchern und sollten den Konsum weiter stärken. Während der Konsum immer noch das US-Wachstum trägt und nominal wächst, ist der relative Anstieg der Sparquote überraschend. Die Deutsche Bank erklärt dies damit, dass seit der Finanzkrise – kontraintuitiv – niedrige Zinssätze privaten Verbrauchern Anreize für höhere Ersparnisse geben. Denn um eine gewisse Vermögensbildung zu erreichen, müssten sie mehr Geld zurücklegen, wenn die Renditen niedrig sind.

Die Gesamtverschuldung der privaten Haushalte stieg laut der *Federal Reserve Bank of New York* in Q3/2015 um \$212 Milliarden auf \$12,07 Billionen. Immobilienschulden (*housing debt*), die gut 70 Prozent der gesamten privaten Haushaltsschulden ausmachen, stiegen um 1,5 Prozent. Auch Studentendarlehen (+0,8 %) und Kreditkartenschulden (+1,4 %) waren nur auf leicht höherem Niveau. Der stärkste Anstieg war bei Autokrediten (+3,9 %) zu verzeichnen. Die Gesamtverschuldung liegt zurzeit auf dem höchsten Niveau seit Q1/2010 und um fünf Prozent unter ihrem Höchststand in Q3/2008. Von 1999 bis 2008 war die private Verschuldung kontinuierlich angestiegen. Im dritten Quartal 2008 erreichte sie mit \$12,7 Billionen ein Allzeithoch. Im weiteren Verlauf der Finanz- und Wirtschaftskrise nahm die Verschuldung bis Mitte 2013 ab. Seither steigt die Verschuldung wieder leicht, was vor allem auf einen Anstieg der Studentendarlehen und Autokredite zurückzuführen ist. Immobilien-, Kreditkarten- und andere Schulden sind dagegen in den letzten Quartalen nur leicht gestiegen.

Investitionsquote

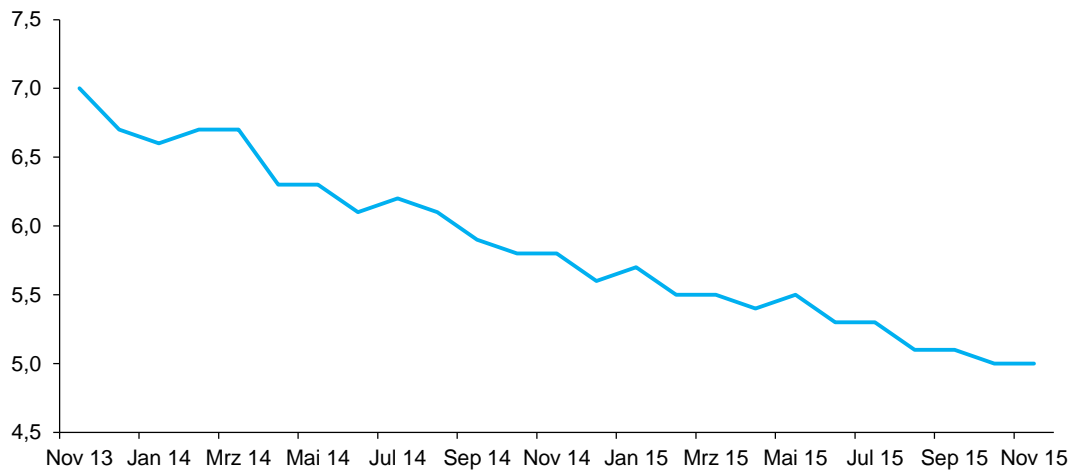
Die Investitionsquote, also der Anteil der privaten Investitionen am BIP, ging leicht zurück. Nachdem sie im ersten Quartal 2015 einen temporären Höchstwert von 17,0 Prozent erreicht hatte, sank sie im zweiten Quartal auf 16,9 Prozent und im dritten Quartal nach Schätzungen des BEA auf 16,8 Prozent. Ein Grund für die nachlassende Investitionstätigkeit im Jahresverlauf war der niedrige Ölpreis, der zu einem Aufschub von Investitionen in der Öl- und Gasindustrie führte. Auch ist aufgrund des starken US-Dollars in einigen Branchen wie bei langlebigen Industriegütern die Nachfrage aus dem Ausland derzeit gering, weshalb sich Investitionen aus Unternehmenssicht weniger lohnen. Die Aussichten sind trotzdem eher positiv zu bewerten. Der starke private Konsum,

der Modernisierungsbedarf in der Industrie und die seit Langem lockere Geldpolitik, die für Liquidität sorgt, dürften zu einem Anstieg der Investitionen in den kommenden Monaten führen.

Arbeitslosigkeit

Die USA nähern sich mit guten Arbeitsmarktzahlen weiterhin der Vollbeschäftigung. Laut dem *U.S. Bureau of Labor Statistics* lag die Arbeitslosenquote im November 2015 bei 5,0 Prozent. Damit hat sie nunmehr ihren tiefsten Wert seit April 2008 erreicht, also seit dem Beginn der Finanz- und Wirtschaftskrise. Im November 2014 lag die Arbeitslosenquote noch bei 5,8 Prozent. Insgesamt sind in den USA rund 7,9 Millionen Menschen arbeitslos. Im November wurden 211.000 neue Arbeitsplätze geschaffen. Im Vergleich zum Vorjahr stieg die Anzahl beschäftigter Personen um rund zwei Millionen. Die Zahl der Langzeitarbeitslosen – also derjenigen, die seit mindestens 27 Wochen arbeitslos sind – sank zwischen Oktober und November von 2,14 Millionen auf 2,05 Millionen. Im Vergleich zum Vorjahr lässt sich ein Rückgang um 772.000 feststellen. Langzeitarbeitslose machten im November 25,7 Prozent aller Arbeitslosen aus. Die durchschnittliche Arbeitslosendauer lag bei 28,0 Wochen.

Arbeitslosenquote in Prozent, November 2013 - November 2015



Quelle: U.S. Bureau of Labor Statistics



Immobilienmarkt

Der US-Immobilienmarkt zeigte im zweiten Quartal 2015 nach Informationen des *U.S. Department of Housing and Urban Development* eine deutliche Aufwärtstendenz. Private Bauinvestitionen sind die am schnellsten wachsenden Investitionen in den USA. Baugenehmigungen waren um 19,3 Prozent höher als vor einem Jahr, beziehungsweise um 16,7 Prozent gegenüber dem Vorquartal. Die Anzahl der privaten Wohneinheiten, an denen Bauarbeiten begonnen wurden, lag um 17,4 Prozent höher als im Vorjahr und stieg um 18,1 Prozent im Vergleich zum Vorquartal. Die Zahl der im Bau befindlichen Häuser stieg im selben Zeitraum von 842.000 auf 890.000 (+5,7 %). Gegenüber dem Vorjahr erhöhte sich die Zahl der im Bau befindlichen Häuser um ganze 15,9 Prozent.

Die Verkäufe neuer Einfamilienhäuser sanken gegenüber dem Vorquartal um 2,6 Prozent, im Vergleich zu Q2/2014 ergibt sich jedoch ein Anstieg um 18,4 Prozent. Verkäufe bereits existierender Einfamilienhäuser und -wohnungen verzeichneten im Vergleich zu Q1/2015 einen Anstieg um 6,5 Prozent im zweiten Quartal 2015. Im Vergleich zu Q2/2014 stiegen Verkäufe um 8,4 Prozent.

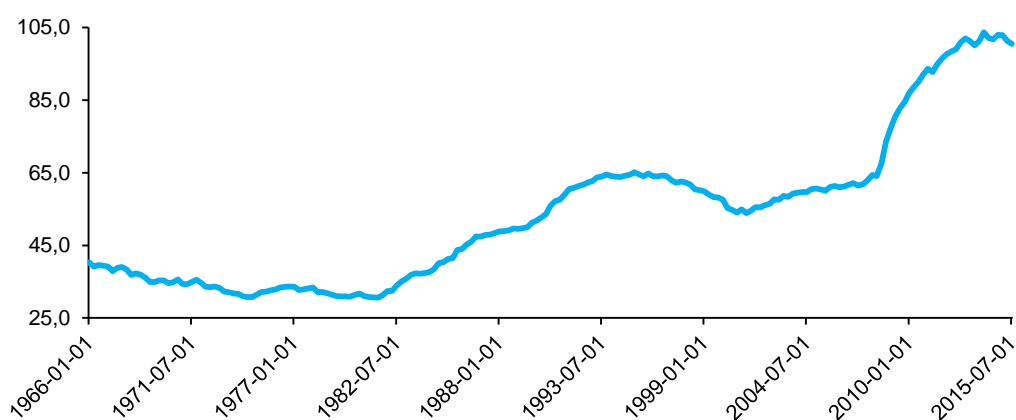
Hauspreisindizes wie der *S&P/Case Shiller Index* und der Index der *Federal Housing Finance Agency* zeigen, dass Immobilienpreise im zweiten Quartal 2015 leicht gestiegen sind – um 0,3 beziehungsweise 1,2 Prozent gegenüber dem Vorquartal. Somit stabilisiert sich der US-Immobilienmarkt weiterhin.

Staatsschulden/ Haushaltsdefizit

Laut dem US-Finanzministerium beliefen sich die Staatsschulden zum Ende des dritten Quartals 2015 auf \$18,15 Billionen. Mit einem BIP von \$18,06 Billionen ergibt sich eine Schuldenquote von 100,5 Prozent. Zum Ende des Haushaltsjahrs 2014 hatte die Schuldenquote noch 103,2 Prozent betragen. Die Staatsschuldengrenze, die zuletzt bei \$18,1 Billionen lag, wurde bis März 2017 ausgesetzt (siehe hierzu auch „Haushaltspolitik“).

Das Haushaltsdefizit lag im Haushaltsjahr 2015 bei 2,5 Prozent. So gering war das Defizit zuletzt im Fiskaljahr 2007. Während die gesamten Staatsausgaben um fünf Prozent auf ein Rekordniveau von \$3,69 Billionen stiegen, wuchsen die Einnahmen aufgrund der guten konjunkturellen Lage noch stärker (+8 %) auf \$3,25 Billionen.

Staatsschuldenquote der USA in Prozent



Quelle: Federal Reserve Bank of St. Louis

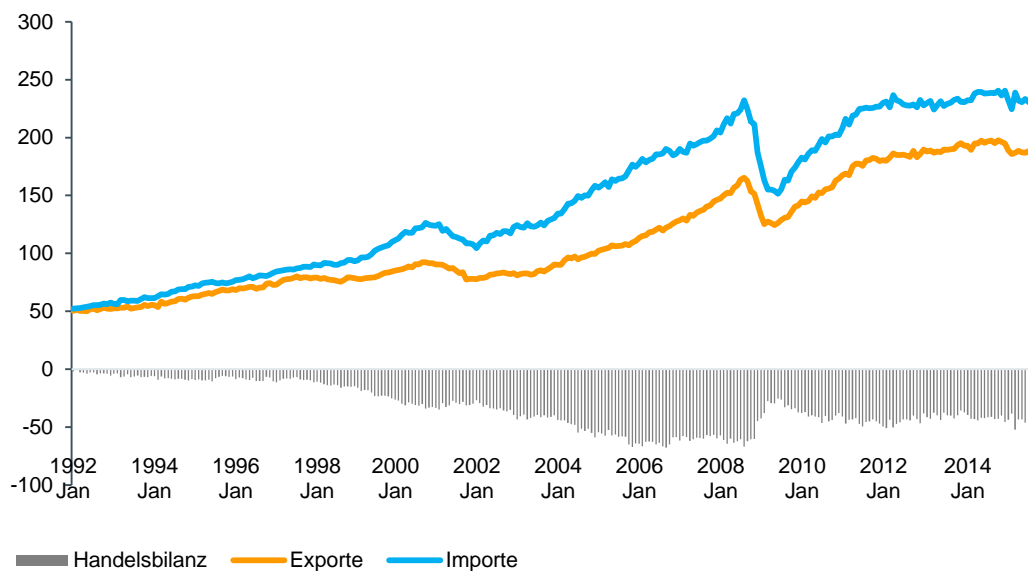


Außenhandel

Im zweiten Quartal 2015 betrug das US-Handelsbilanzdefizit (Waren und Dienstleistungen) laut dem BEA \$130 Milliarden. Somit war es etwas niedriger als im ersten Quartal 2015 (\$134,3 Milliarden). Für den Warenhandel ergab sich im zweiten Quartal 2015 ein Defizit von \$188,4 Milliarden. Der Löwenanteil entfiel dabei auf China (bilaterales Handelsbilanzdefizit, nur Waren: \$87,8 Mrd.), gefolgt von der Europäischen Union (\$40,6 Mrd., davon allein Deutschland: \$19,5 Mrd.), Japan (\$18,7 Mrd.) und Mexiko (\$16,0 Mrd.). Positiv auf die Handelsbilanz wirkten sich die niedrigen Rohölpreise aus. Aufgrund des starken US-Dollars und der schlechten wirtschaftlichen Lage in vielen Exportmärkten ist mittelfristig zu erwarten, dass sich das US-Handelsbilanzdefizit weiter vergrößert. Dieses belief sich im vergangenen Jahr auf \$508,3 Milliarden (2,9 % des BIP). Für 2015 ergibt sich bereits für den Zeitraum von Januar bis Oktober ein Handelsbilanzdefizit von \$445 Milliarden. Es ist also zu erwarten, dass das Defizit für das gesamte Jahr um einiges größer ausfallen wird als 2014.

Im ersten Halbjahr 2015 lösten die USA Frankreich als wichtigsten Absatzmarkt für deutsche Waren ab. Deutsche Warenexporte in die USA stiegen um fast 24 Prozent gegenüber dem Vorjahr.

US-Außenhandel (Waren und Dienstleistungen), pro Monat in Milliarden US-Dollar



Quelle: Bureau of Economic Analysis



Energiedaten

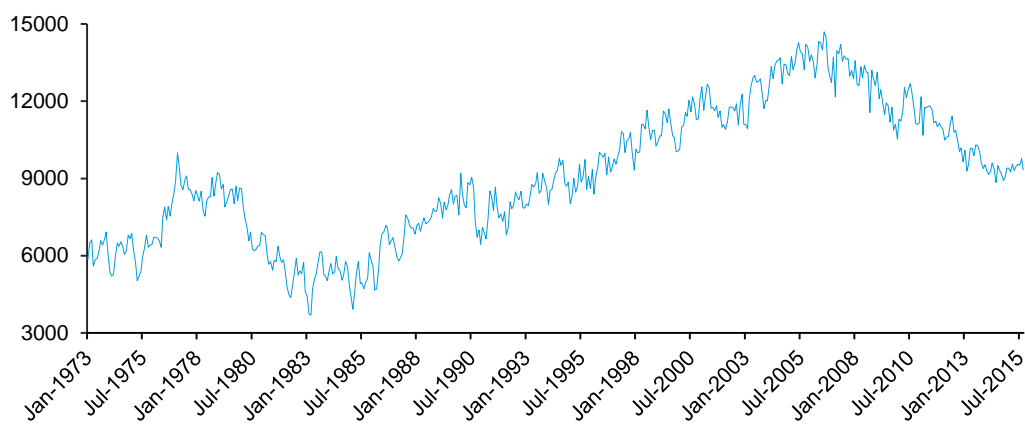
Die Energiepreise in den USA waren laut der *Energy Information Administration* (EIA) im Jahr 2015 deutlich niedriger als im Vorjahr. Die Elektrizitätspreise sanken 2015 erstmals seit 2010 für alle Verbraucher und betragen zurzeit schätzungsweise 6,89 US-Cent pro Kilowattstunde für die Industrie (in Deutschland ist der Industriestrompreis zwei- bis dreimal so hoch wie in den USA). Elektrizitätspreise für private Verbraucher sind in den USA mehr als 40 Prozent niedriger als in Deutschland. Der durchschnittliche Preis für ein Barrel Rohöl (WTI) sank von \$57,9 in Q2/2015 auf \$46,6 in Q3/2015. Im Vergleich zum Vorjahr hat sich der Ölpreis mehr als halbiert. Grund für den deutlichen Preisrückgang ist die globale Überproduktion, da sich ölproduzierende Staaten nicht auf eine Förderungsreduzierung einigen können und Chinas Wirtschaft schwächelt. Hinzu kommt, dass der Iran infolge des Nuklearabkommens wieder als Ölexporteur an den Weltmarkt zurückkehren wird. Für das Jahr 2016 rechnet die EIA mit einem durchschnittlichen Rohölpreis pro Barrel (WTI) von \$50,9.

Der Ölpreisverfall steigert das verfügbare Einkommen der US-Bürger je nach Einkommensgruppe um 0,5 bis 1,6 Prozent und fördert den Konsum. Untere Einkommensgruppen profitieren davon am stärksten. Laut Goldmann Sachs werden 80 Prozent der Einsparungen durch niedrige Ölpreise für anderweitigen Konsum aufgewendet. Für Benzin zahlten US-Verbraucher im September 2015 laut der EIA durchschnittlich nur noch rund \$2,32 pro Gallone – 17 Prozent weniger als im Juni und \$1 weniger als im Vorjahr.

Die relativ kostenintensive US-Ölförderung verbleibt weiterhin auf einem hohen Niveau, passt sich jedoch langsam an die fallenden Preise an. Nachdem im April 2015 mit 9,6 Millionen Barrel Rohöl pro Tag ein Höchststand erreicht wurde, fiel die Produktion bis Juli auf 9,4 Millionen Barrel. Die EIA schätzt, dass die Produktion 2016 weiter auf 8,8 Millionen Barrel pro Tag sinken wird.

Seit 2005 zeigt sich ein Abwärtstrend bei den US-Nettoimporten von Rohöl. In Q3/2015 betragen diese durchschnittlich 6,93 Millionen Barrel pro Tag. Für 2016 erwartet die EIA jedoch einen Anstieg der Importe. Für Erdöl (Rohöl wie auch Erdölprodukte) betrug der Anteil der Nettoimporte (also Importe minus Exporte) am gesamten Verbrauch in den USA im dritten Quartal 24,1 Prozent. In Q3/2014 hatte er noch 26,1 Prozent betragen.

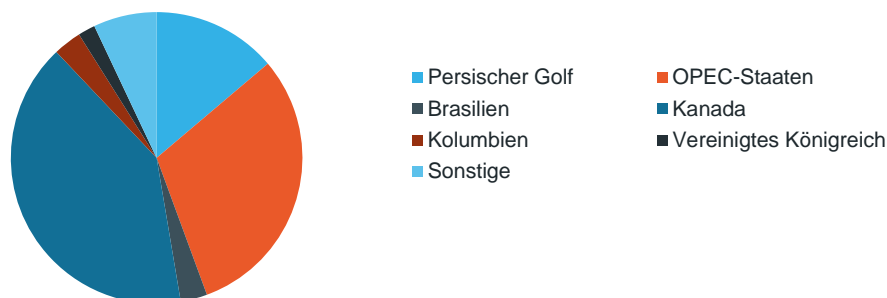
Tägliche Importe von Rohöl und Erdölzeugnissen (in Tausend Barrel)



Quelle: Energy Information Administration



Herkunft US-amerikanischer Ölimporte in Prozent, September 2015



Quelle: Energy Information Administration



US-Erdgaspreise befinden sich auf einem 3-Jahres-Tief. In diesem Winter soll der Henry-Hub-Preis durchschnittlich \$2,49 pro Millionen British Thermal Units betragen, verglichen mit \$3,35 im Vorjahr. Trotz der niedrigen Preise sowie der Schließung von Förderplattformen erwartet die EIA, dass die Gasförderung aufgrund von Effizienzgewinnen weiter steigen wird.

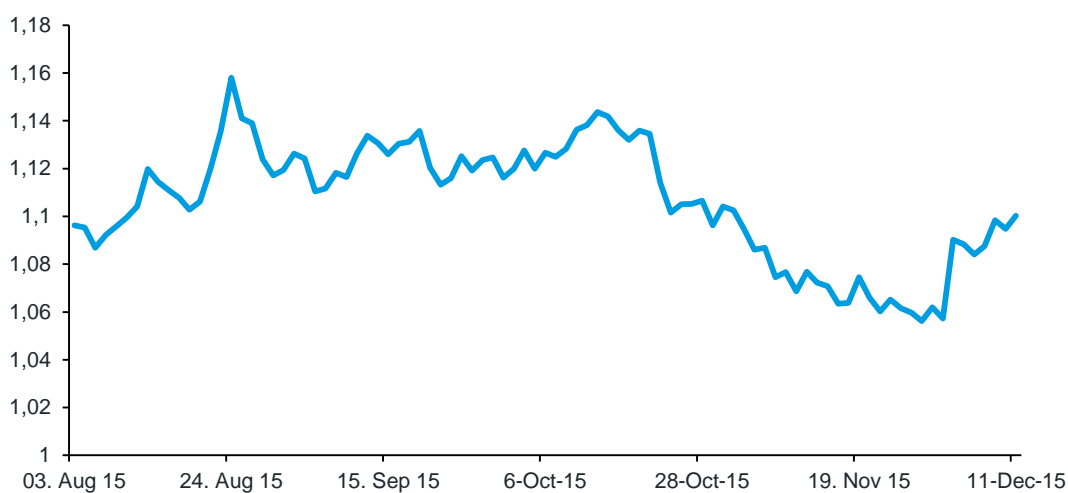
Wechselkurs des US-Dollars

Nachdem der US-Dollar im 3. Quartal zunächst gegenüber dem Euro nachließ und der Wechselkurs von \$1,08 im Juli auf deutlich über \$1,10 stieg, befindet sich der Euro seit Ende Oktober wieder im starken Fall. Ende November näherte er sich mit einem Wechselkurs von \$1,06 seinem Jahrestief. Seit Jahresanfang hat der Euro zehn Prozent seines Wertes gegenüber dem US-Dollar verloren. Der Wert des Euros gab im Oktober deutlich nach, nachdem die Europäische Zentralbank (EZB) angekündigt hatte, die Geldpolitik wegen der schwachen Inflationsentwicklung weiter zu lockern. Im November stieg der US-Dollar deutlich gegenüber den meisten Währungen. Ein zentraler Grund war die Andeutung Janet Yellens, Präsidentin des *Federal Reserve System* (Fed), dass die Fed im Dezember erstmals seit der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise den Leitzins wieder anheben könnte. Im Dezember leitete die EZB weitere Schritte ein, um die Geldpolitik zu lockern, während die Fed den Leitzins schließlich wie erwartet anhub. Entsprechend ist nicht damit zu rechnen, dass sich der Wert des Euros gegenüber dem Dollar kurz- und mittelfristig deutlich erholen wird.

Der US-Dollar ist auch weiterhin stark gegenüber anderen Währungen wie dem Britischen Pfund und dem Yen. Die Bank of England sowie die Bank of Japan haben angekündigt, bis auf Weiteres an ihren lockeren Geldpolitiken festzuhalten. Weitere Gründe für die relative Stärke des US-Dollars gegenüber anderen Währungen sind die robuste wirtschaftliche Entwicklung der USA sowie niedrige Rohstoffpreise. Letztere schwächen die Exporte und das Wirtschaftswachstum rohstoffabhängiger Volkswirtschaften wie Kanada.

Vermeintliche Währungsmanipulation, mit der in den USA oftmals das US-Handelsbilanzdefizit erklärt wird, ist ein wichtiges Thema im US-Wahlkampf. Während sich die Kritik hauptsächlich gegen China richtet, kritisierte das US-Finanzministerium in der Vergangenheit auch die Geldpolitik der EZB. Die Transpazifische Partnerschaft (TPP) ist das erste Freihandelsabkommen, das verbindliche Bestimmungen über Währungsmanipulationen enthält, wenn diese auch nicht dem Streitschlichtungsmechanismus unterliegen. Dies folgt einer Forderung des US-Kongresses im Gesetz zur *Trade Promotion Authority* (TPA).

Euro/US-Dollar Wechselkurs



Quelle: Federal Reserve System

Politische Lage: Innen- und außenpolitische Entwicklungen

Innenpolitik

US-Kongress- und Präsidentschaftswahlen

Am 8. November 2016 finden in den USA sowohl Kongress- als auch Präsidentschaftswahlen statt. Im Kongress halten die Republikaner aktuell die Mehrheiten in beiden Häusern. Im Senat, in dem 2016 lediglich 34 Sitze zur Wahl stehen, sitzen zurzeit 54 Republikaner und 44 Demokraten sowie 2 parteilose Senatoren. Im Repräsentantenhaus, das komplett neu gewählt wird, sind derzeit 246 Republikaner, 188 Demokraten sowie 6 nicht-stimm-berechtigte Mitglieder aus den Überseeterritorien und Washington, D.C., vertreten. Das *Centre for Politics* geht aufgrund von derzeitigen Umfragen davon aus, dass die Republikaner ihre Mehrheit in beiden Häusern mit leichten Verlusten halten können (Stand: 2. Dezember – Repräsentantenhaus; 23. November – Senat).

Bei den Demokraten gilt Hillary Clinton als sichere Präsidentschaftskandidatin. Nachdem Lincoln Chafee und Jim Webb freiwillig aus dem Rennen ausgeschieden sind sowie Vizepräsident Joe Biden verkündete, nicht anzutreten, verbleiben neben Clinton nur noch zwei weitere ernstzunehmende Kandidaten: der sozialistische, parteilose Senator aus Vermont, Bernie Sanders, sowie der ehemalige Gouverneur von Maryland, Martin O'Malley. Clintons Vorsprung gegenüber Sanders (Zustimmung Clinton: 56,3 %, Sanders: 30,6 %, Daten von RealClearPolitics, Stand: 20. Dezember) hat sich zwar seit August verringert, jedoch steigt ihre Popularität seit Ende September wieder. Zwischen Juli und September hatte sie fast 25 Prozentpunkte eingebüßt. Mit 4,3 Prozent Zustimmung ist O'Malley weit abgeschlagen. Währenddessen konkretisiert sich das Wahlkampfprogramm der Kandidaten. Wirtschaftspolitischer Kernpfeiler des Wahlkampfprogramms von Hillary Clinton ist ein Infrastrukturprogramm in Höhe von \$275 Milliarden, das Arbeitsplätze schaffen und die US-Wettbewerbsfähigkeit steigern soll. Zudem fordert sie eine strengere Regulierung der Finanzmärkte. Clinton lehnt inzwischen sowohl die *Keystone XL*-Pipeline als auch die Transpazifische Partnerschaft (TPP) ab, die sie beide als Außenministerin noch prinzipiell unterstützt hatte. Als Gründe für die Ablehnung der TPP gibt sie an, dass das Abkommen Währungsmanipulationen nicht bindend verbieten würde. Zudem würden Pharmakonzernen zu generöse Patentrechte eingeräumt. Zur Transatlantischen Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP) hat sich Clinton noch nicht abschließend geäußert. In der Außenpolitik fordert sie die Einrichtung einer *no-fly*-Zone in Syrien sowie eine größere Führungsrolle der USA im Kampf gegen ISIS, jedoch ohne den Einsatz eigener Bodentruppen. Zudem tritt sie dafür ein, dass die USA mehr syrische Flüchtlinge aufnehmen. Im September forderte sie eine härtere US-Linie gegenüber Russland, das ihrer Ansicht nach versucht, die USA, wo immer möglich, zu schwächen. Sanders fordert höhere öffentliche Investitionen, Mindestlöhne und Sozialhilfen. Zudem will er die Rechte des Sicherheitsapparats und Militäreinsätze beschränken.

Die Nominierung des republikanischen Präsidentschaftskandidaten ist hingegen deutlich umkämpft. Anders als von den meisten politischen Beobachtern erwartet, hält sich Immobilienunternehmer und Medienpersönlichkeit Donald Trump (34,4 %) immer noch deutlich an der Spitze der Umfragen. Ihm werden inzwischen Chancen für das Nominierungsrennen eingeräumt. Als Grund seiner Popularität werden die große Medienpräsenz Trumps, die Schwäche anderer Kandidaten sowie die angespannte Stimmung infolge der Anschläge in Paris und San Bernardino gesehen, die dem Rechtspopulisten Trump nützen. Trump macht wiederholt mit Stellungnahmen gegen Immigranten und Muslime auf sich aufmerksam. Ben Carson (10 %), ein bekannter Neurochirurg, der wie Trump noch nie ein politisches Amt innehatte, konnte zwischenzeitlich in den Umfragen zu Trump aufschließen. Er verlor aber deutlich an Zustimmung, nachdem Zweifel bezüglich der Selbstdarstellung in seiner Biographie aufkamen. Der ehemalige Gouverneur von Florida, Jeb Bush (4,6 %), dem ursprünglich die besten Chancen eingeräumt wurden, verliert weiterhin an Boden in den Umfragen. Neben dem schwachen Auftreten in den bisherigen Debattenrunden werden seine schlechten Umfragewerte mit einer zunehmenden Ablehnung der republikanischen Anhängerschaft gegenüber Politikern des ‚Establishments‘ erklärt, zu denen Bush gezählt wird. Deutlich an Popularität gewonnen haben seit August Ted Cruz (17,1 %), ein der *Tea Party* nahestehender Senator aus Texas, sowie der Senator von Florida, Marco Rubio (12,3 %) (Daten von RealClearPolitics, Stand: 20. Dezember). Rubio wurde ursprünglich ebenfalls dem *Tea Party*-Lager zugerechnet, tritt inzwischen aber moderater auf. Angesichts der Schwäche Jeb Bushs gilt er als zunehmend ernsthafter Kandidat des republikani-

schen Lagers, der in Präsidentschaftswahlen auch für nicht-Republikaner wählbar wäre. Acht weitere republikanische Präsidentschaftskandidaten befinden sich noch im Rennen (Carly Fiorina, Chris Christie, John Kasich, Mike Huckabee, Rand Paul, George Pataki, Rick Santorum, Lindsey Graham), drei sind bisher ausgestiegen (Scott Walker, Rick Perry, Bobby Jindal).

Laut den letzten Umfragen würde Clinton bei der Präsidentschaftswahl alle republikanischen Kandidaten bis auf Rubio und Carson schlagen. Die Vorwahlen beider Parteien starten am 1. Februar in Iowa. Im Juli 2016 werden die Kandidaten bei den jeweiligen Parteikonventen verkündet.

Paul Ryan zum neuen Sprecher des Repräsentantenhauses gewählt

John Boehner (R-Ohio) verkündete Ende September überraschend seinen Rücktritt als Sprecher des US-Repräsentantenhauses. Boehner hatte das Amt seit 2011 inne. Der Sprecher (*speaker*) ist der Vorsitzende und ranghöchste Vertreter des US-Repräsentantenhauses. Verfassungsrechtlich ist es das dritthöchste Staatsamt der USA (nach Präsident und Vizepräsident). Als ranghöchster Abgeordneter seiner Partei ist der *speaker* auch praktisch der Oppositionsführer, wenn er einer anderen Partei als der des Präsidenten angehört.

Obwohl Boehner dem konservativen Lager der US-Republikaner zugerechnet wird, wurde seine Führung zunehmend vom rechten Parteiflügel in Frage gestellt, der eine härtere Linie gegen Präsident Barack Obama fordert. Direkter Auslöser des Rücktritts war Boehners gescheiterter Versuch, im September mit Präsident Obama einen Haushalt für das Fiskaljahr 2016 auszuhandeln (siehe hierzu auch „Haushaltspolitik“). Der *Freedom Caucus*, eine der *Tea Party* nahestehende Fraktion innerhalb der republikanischen Partei, lehnte jeglichen Kompromiss mit den Demokraten ab. Boehner gab an, mit seinem Rücktritt „Chaos in der republikanischen Führung“ verhindern zu wollen.

Die Führungskrise in der republikanischen Partei spitzte sich zu, nachdem der als sicher geltende Nachfolger Kevin McCarthy (R-Kalifornien), der republikanische Mehrheitsführer (*majority leader*), seine Bewerbung für das *speaker*-Amt wenige Minuten vor der internen Abstimmung zurückzog. Aus Sicht McCarthys machte der *Freedom Caucus* die Unterstützung seiner Kandidatur von zu vielen Forderungen abhängig. Ohne die Stimmen des *Freedom Caucus* hätte McCarthy eine Niederlage im Repräsentantenhaus gedroht.

Am 29. Oktober wählte das Repräsentantenhaus schließlich Paul Ryan (R-Wisconsin) als neuen *speaker*. Ryan hatte nur unter der Bedingung kandidiert, dass die gesamte republikanische Partei hinter ihm steht. Die Mehrheit des *Freedom Caucus* beschloss, seine Wahl zu unterstützen, um die republikanische Partei nicht weiter zu schwächen. Zuletzt war Ryan Vorsitzender des einflussreichen *Committee on Ways and Means* im Repräsentantenhaus, das für Haushalts-, Finanz-, Steuer- und Sozialpolitik zuständig ist. 2012 kandidierte er an der Seite Mitt Romneys für das Amt des Vizepräsidenten. Ryan gilt als pragmatischer Konservativer und Experte der Haushaltspolitik.

Justiz

Transfer personenbezogener Daten

Der Europäische Gerichtshof (EuGH) erklärte am 6. Oktober 2015 das *Safe Harbor*-Abkommen zwischen der EU und den USA für ungültig. Unter dem im Jahr 2000 abgeschlossenen Abkommen durften Unternehmen, die sich selbst verpflichteten, EU-Datenschutzstandards einzuhalten, vereinfacht personenbezogene Daten aus der EU in die USA transferieren. Zuletzt nutzten rund 4.400 Unternehmen den *Safe Harbor*-Rahmen. Unter der EU-Datenschutzrichtlinie dürfen personenbezogene Daten aus der EU – ohne explizite Nutzereinstimmung oder Notwendigkeit für die Vertragserfüllung – generell nur in Länder transferiert werden, die einen „angemessenen“ gesetzlichen Datenschutz haben. Dies trifft nach Ansicht der EU-Kommission nicht auf die USA zu. Für den Transfer personenbezogener Daten in Länder ohne „angemessenen“ Datenschutz müssen Unternehmen normalerweise von der EU-Kommission und nationalen Datenschutzbehörden genehmigte Vertragsregelungen nutzen. Dies sind verbindliche Unternehmensregelungen (*Binding Corporate Rules*, BCRs) für unternehmensinterne Transfers sowie Standardvertragsklauseln (*Model Contract Clauses*, MCCs) für Transfers zu Dritten. BCRs und

MCCs sind jedoch um einiges aufwendiger und kostenintensiver als Datentransfers unter dem *Safe Harbor*-Rahmen. Die USA waren der einzige Staat, mit dem die EU Sonderregelungen für den Transfer personenbezogener Daten vereinbart hatte.

Der EuGH stellte im *Safe Harbor*-Urteil fest, dass die EU-Kommission nicht ausreichend geprüft habe, inwiefern *Safe Harbor* den US-Behörden gestatte, umfassend auf elektronische Kommunikation zuzugreifen. Dies könnte das EU-Grundrecht auf Achtung des Privatlebens verletzen. Zudem komme erschwerend hinzu, dass es für den EU-Bürger keinen wirksamen gerichtlichen Rechtsschutz vor Datenschutzverletzungen in den USA gebe.

Unternehmen, die *Safe Harbor* nutzen, stehen nun vor erheblicher Rechtsunsicherheit. Zudem haben deutsche Datenschutzbehörden infolge des Urteils die Rechtmäßigkeit transatlantischen Transfers personenbezogener Daten generell – auch unter BCRs, MCCs und Nutzereinwilligung – infrage gestellt. Während das *Safe Harbor*-Abkommen seit dem EuGH-Urteil ungültig ist, haben sich europäische Datenschutzbehörden geeinigt, vor Ende Januar 2016 keine Verstöße zu ahnden.

Die US-Wirtschaftsministerin Penny Pritzker zeigte sich „zutiefst enttäuscht“ von dem EuGH-Urteil. Ihrer Ansicht nach war *Safe Harbor* ein Fundament für robusten Datenschutz und die florierende digitale Wirtschaft. Das Urteil würde immense Unsicherheit für Wirtschaft und Verbraucher darstellen und gerade für kleine und mittlere Unternehmen negative wirtschaftliche Folgen haben. Der US-Regierung zufolge beruht das EuGH-Urteil auf falschen Annahmen über den Datenschutz in den USA. Vor allem wären Verbesserungen in den letzten Jahren nicht beachtet worden. Anfang 2014 hatte Präsident Obama per Präsidialerlass PPD-28 beschlossen, dass die Überwachung ausländischer Bürger proportional sein müsste und auf keinen Fall wirtschaftliche Ziele verfolgen dürfe. Im Juni 2015 trat der *US Freedom Act* in Kraft, demzufolge Strafverfolgungsbehörden im Inland nicht mehr massenhaft Kommunikationsdaten speichern dürfen, sondern nur gezielt Daten von Einzelpersonen bei den Telekommunikationsanbietern anfragen können – dies gilt allerdings nicht für die Spionage im Ausland oder für Daten von Ausländern. Am 20. Oktober 2015 verabschiedete das Repräsentantenhaus den *Judicial Redress Act*, den der US-Senat noch bestätigen muss. Das Gesetz soll EU-Bürgern das Recht geben, in bestimmten Fällen von Datenschutzverletzungen gerichtlich gegen US-Behörden vorzugehen, was bisher nur US-Bürgern möglich war.

Seit 2013 verhandeln die USA und die Europäische Kommission über eine Reform des *Safe Harbor*-Abkommens. Die EU-Kommission zeigt sich optimistisch, eine Reform, welche die Beanstandungen des EuGH respektiert, vor Ende Januar 2016 abschließen zu können. Wichtigste EU-Forderungen sind verbesserte Transparenz und Aufsicht sowie eine verbesserte Kooperation der USA mit nationalen EU-Datenschutzbehörden. Zudem fordert die Kommission klare Regeln für den Zugang zu personenbezogenen Daten durch Strafverfolgungsbehörden.

Wirtschaftspolitik

Haushaltspolitik

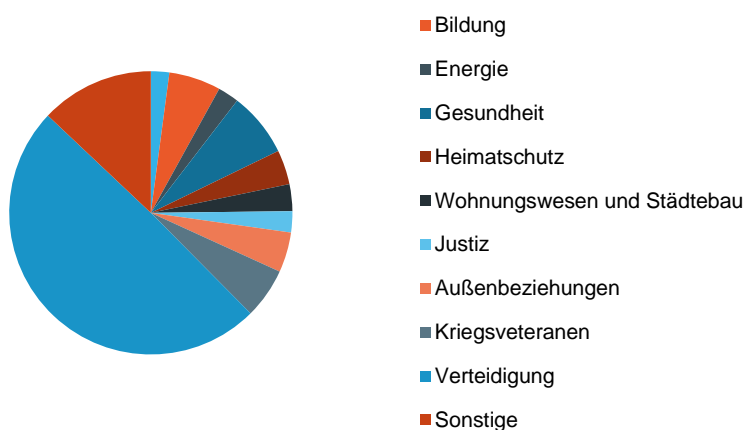
Wenige Tage vor einem drohenden Zahlungsausfall verabschiedete der US-Kongress am 30. Oktober den *Bipartisan Budget Act of 2015*, der die Staatsschuldengrenze bis März 2017 aussetzt. Die Staatsschuldengrenze war zuletzt im März 2015 auf den damaligen Schuldenstand von \$18,1 Billionen angehoben worden, nachdem sie zwischen Februar 2014 und März 2015 ausgesetzt war. Seit März konnte die US-Regierung ihren Zahlungsverpflichtungen nur durch Notmaßnahmen nachkommen, die Anfang November ausliefen.

Zusammen mit der Aussetzung der Schuldengrenze beschloss der Kongress eine Rahmenvereinbarung über die Höhe der Ermessungsausgaben (*discretionary spending*) bis Ende September 2017. Insgesamt sollen die Ausgaben um \$80 Milliarden steigen. Der US-Staatsetat wird für drei Arten von Ausgaben aufgewendet: Der größte Teil, ungefähr 65 Prozent der Ausgaben, ist in bestehenden Gesetzen mehrjährig festgeschrieben (*mandatory spending*). Etwa 5 Prozent der Ausgaben fließen in den Schuldendienst. Über rund 30 Prozent der Ausgaben wird jährlich in den Haushaltsgesetzen entschieden (*discretionary spending*).

In dem Kompromiss zwischen Demokraten und Republikanern wurde vereinbart, die Etatsteigerung im gleichen Maße für Militär- wie für nicht-militärische Ausgaben (zum Beispiel Gesundheitswesen, Bildung) aufzuwenden.

Zusätzlich ist ein *emergency war fund* in Höhe von \$31 Milliarden vorgesehen. Die Ausgabenerhöhung soll über höhere Steuereinnahmen, staatliche Rohölverkäufe sowie durch Einsparungen über einen Zeitraum von zehn Jahren, hauptsächlich im Bereich der Kranken- und Sozialversicherungen, finanziert werden. Für das Fiskaljahr 2016, das am 1. Oktober 2015 begann, ist ein Budget in Höhe von \$1.067 Milliarden vorgesehen, für das Fiskaljahr 2017 sind es \$1.070 Milliarden (nur *discretionary spending*). Obwohl der Haushaltsdeal auf einer Einigung zwischen der republikanischen und der demokratischen Führung beruhte, stimmte nur ein Drittel der republikanischen Abgeordneten und Senatoren für das Gesetz. Im Repräsentantenhaus stimmten 266 Abgeordnete für und 167 Abgeordnete gegen das Gesetz. Der Senat nahm das Gesetz mit 64 zu 35 Stimmen an. Alle Gegenstimmen in beiden Häusern kamen von republikanischen Kongressmitgliedern.

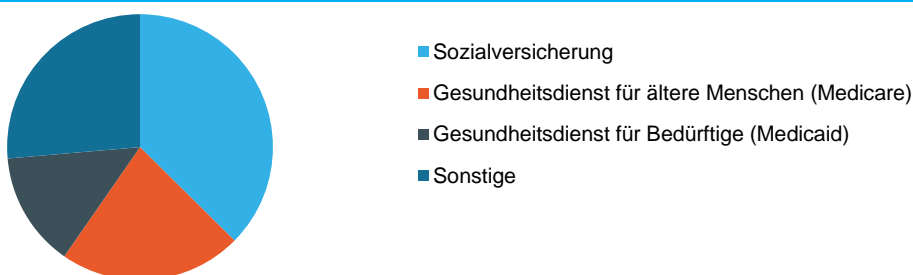
Ermessensausgaben (*discretionary spending*) in Prozent, Haushalt für das Fiskaljahr 2015



Quelle: Office of Management and Budget



Pflichtgemäße Ausgaben (*mandatory spending*) in Prozent, Haushalt für das Fiskaljahr 2015



Quelle: Office of Management and Budget



Über die Ermessensausgaben (*discretionary spending*) muss der Kongress jährlich in zwölf sogenannten *appropriation bills* abstimmen, von denen die wichtigsten in einem Sammelhaushaltsgesetz (*omnibus spending bill*) zusammengefasst werden. Im September 2015 konnte sich der Kongress nicht auf ein Sammelhaushaltsgesetz für das Haushaltsjahr 2016 einigen. Zumindest verständigten sich die Kongressmitglieder auf einen Übergangshaushalt, der die Ausgaben bis zum 11. Dezember 2015 regelte. Dieser wurde durch zwei überbrückende Ausgabengesetze (*spending bills*) bis zum 22. Dezember verlängert. Am 18. Dezember verabschiedete der Kongress schließlich ein Sammelhaushaltsgesetz für das Haushaltsjahr 2016.

Somit konnte ein drohender *government shutdown* (Einstellung der Regierungstätigkeit) verhindert werden. Zuletzt war es im Oktober 2013 zu einem partiellen *government shutdown* gekommen, nachdem sich Kongress

und Weißes Haus nicht auf ein Budget hatten einigen können. Laut Schätzungen von Standard & Poor's zog dieser einen Verlust von \$24 Milliarden für die US-Volkswirtschaft nach sich.

Wesentliche Konfliktpunkte im Haushaltsstreit waren staatliche Mittel für das Familienplanungsprogramm *Planned Parenthood*, das Syrien-Flüchtlingsprogramm sowie für die Klimapolitik. Teile der republikanischen Partei wollten Ausgaben für diese Programme streichen, während die Demokraten diese weiter ausbauen wollten. Das Weiße Haus hatte ein Veto des Präsidenten angedroht, sollte der Haushalt keine Budgetposten für den UN-Klimafonds oder *Planned Parenthood* umfassen.

Die Einigung über den Haushalt 2016 basiert auf einem Kompromiss zwischen Republikanern und Demokraten. Im Repräsentantenhaus stimmten 166 Demokraten sowie 150 Republikaner für das Sammelhaushaltsgesetz. 95 Republikaner und 18 Demokraten stimmten gegen die Einigung. Der *Freedom Caucus* lehnte das Gesetz aufgrund der vorgesehenen Ausgabenerhöhungen ab. Der Senat bestätigte das Gesetz mit 65 zu 33 Stimmen. Neben dem Sammelhaushaltsgesetz wurde auch ein Steuergesetz (*tax bill*) verabschiedet, das Steuerermäßigungen in Höhe von \$622 Milliarden verlängert. Dies hatten die Republikaner gefordert, um Unternehmen und die Mittelschicht zu entlasten. Zudem gaben die Demokraten im Rahmen des Budgetdeals ihren Widerstand gegen die Lockerung der Ölexportrestriktionen auf (siehe Energie- und Klimapolitik). Im Gegenzug sollen erneuerbare Energien weiterhin steuerlich gefördert werden. Die demokratische Partei konnte darüber hinaus durchsetzen, dass Mittel für das Familienplanungsprogramm *Planned Parenthood*, das Syrien-Flüchtlingsprogramm sowie den UN-Klimafonds nicht gestrichen werden. Ein weiterer Teil der Einigung war, dass der Kongress die Reform des Internationalen Währungsfonds (IWF) ratifizierte. Die IWF-Reform soll das Stimmengewicht zu Gunsten von Schwellenländern verschieben und wurde deswegen von Republikanern kritisch bewertet. Der US-Kongress hatte die Reformverabschiedung seit 2010 blockiert, was zu internationaler Kritik an den USA geführt hatte.

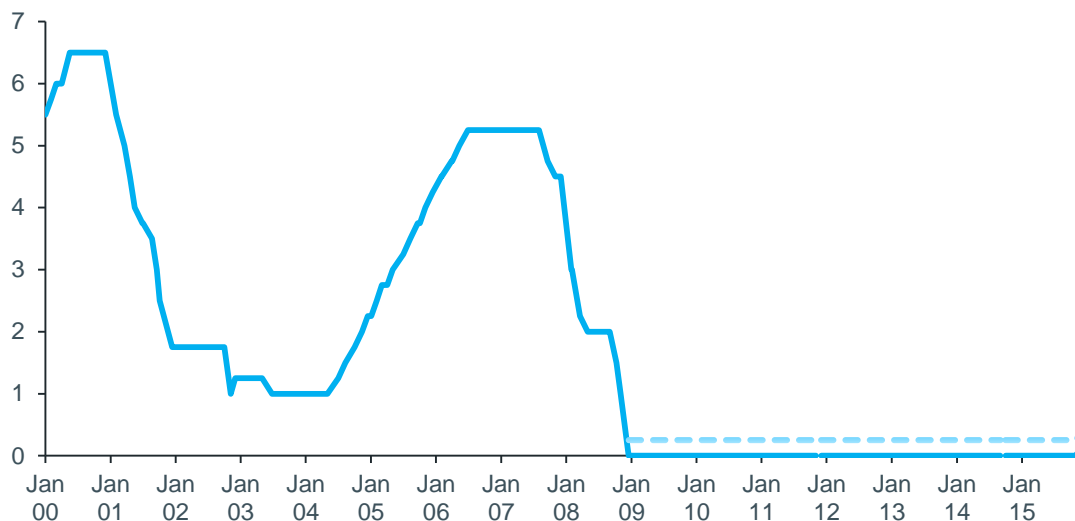
Geldpolitik

Am 16. Dezember hob die Fed ihre Leitzinsrate um 0,25 Prozentpunkte auf 0,25 bis 0,5 Prozent an. Fed-Präsidentin Yellen begründete dies mit dem robusten Wachstum sowie der guten Arbeitsmarktlage. Dies war die erste Leitzinserhöhung in den USA seit Juni 2006. Seit Ende 2008 lag die US-Leitzinsrate auf dem historischen Tiefstand von null bis 0,25 Prozent. Yellen betonte, dass eine Zinsanhebung nur in kleinen Schritten und langsam erfolgen könne, um die Erholung der US-Wirtschaft und die Exportwettbewerbsfähigkeit nicht zu gefährden. Die OECD geht davon aus, dass der US-Leitzins bis Ende 2017 auf 2,0 Prozent steigen wird.

Für eine weitere Anhebung des Leitzinses spricht, dass die Kerndaten der US-Wirtschaft eine robuste Entwicklung erwarten lassen. Nach Ansicht mancher Beobachter war angesichts der guten wirtschaftlichen Entwicklung die Leitzinsanhebung auch notwendig, um die Glaubwürdigkeit der Fed zu bewahren. Darüber hinaus kann ein zu niedriger Leitzins Finanzmarktblasen und -spekulation befördern. Für eine Zinsanhebung spricht zudem, dass bei einem Zinssatz nahe null Prozent kaum Freiraum besteht, auf etwaige wirtschaftliche Abschwächungen oder Krisen geldpolitisch zu reagieren. Zudem könnten Sparer durch eine Leitzinsanhebung profitieren, da so eine höhere Rendite zu realisieren ist.

Gegner einer baldigen Leitzinsanhebung, unter ihnen auch Vertreter vom IWF und der Weltbank, befürchten, dass die Leitzinsanhebung massiven Kapitalabfluss aus Schwellenländern und so eine neue Krise auslösen könnte. Auch zwei Fed-Gouverneure hatten öffentlich eine Leitzinsanhebung noch in diesem Jahr abgelehnt, da die Inflationsrate in den USA immer noch gering ist. Zudem könnte die Zinsentwicklung in den USA und im Rest der Welt angesichts lockerer Geldpolitiken im Euroraum, in Japan und in Schwellenländern wie China dauerhaft auseinanderlaufen und die US-Exportwirtschaft schwächen. Einige Wirtschaftsexperten, darunter beispielsweise Joseph Stiglitz, bezweifeln die Robustheit des US-Arbeitsmarktes und der US-Wirtschaft, die aus ihrer Sicht weiterhin günstiger Finanzierung bedürfen.

Federal Funds Rate in Prozent



Quelle: Federal Reserve System



Energie-, Umwelt- und Klimapolitik

Ölbohrungen in der Arktis

Am 28. September kündigte Royal Dutch Shell an, Bohrungen vor der Küste Alaskas bis auf weiteres einzustellen. Die Entscheidung sei aufgrund enttäuschender Probebohrungen, den hohen Kosten sowie den schwierigen und unberechenbaren regulatorischen Vorschriften getroffen worden. Shell hatte mehr als \$7 Milliarden in die arktische Ölerschließung investiert. Auch die norwegische Ölfirma Statoil gab am 17. November bekannt, dass sie ihre Bohrungen in der arktischen Tschuktschensee aufgeben wird.

Das US-Innenministerium sagte für 2016 und 2017 vorgesehene Auktionen ab, bei denen Genehmigungen für die arktische Ölförderung versteigert werden sollten. Laut Innenministerin Sally Jewell ist diese Entscheidung dem geringen Ölpreis geschuldet. Jewell bestätigte ebenfalls, dass bestehende Genehmigungen nach ihrem Auslaufen 2020 nicht verlängert werden.

Die Aufgabe der arktischen Ölförderung durch Shell und Statoil folgte einem Alaska-Besuch Obamas, in dessen Zentrum der Kampf gegen den Klimawandel stand. Obama war von Umweltschützern scharf dafür kritisiert worden, im August Bohrungen in der Arktis genehmigt zu haben.

Keystone XL-Pipeline

Fast sieben Jahre nachdem das Unternehmen TransCanada den Zulassungsantrag für den nördlichen Teil der *Keystone XL*-Pipeline gestellt hatte, lehnte Präsident Obama das Projekt am 6. November ab.

Der nördliche Teil der *Keystone XL*-Pipeline sollte täglich bis zu 830.000 Barrel Rohöl aus dem kanadischen Alberta nach Nebraska transportieren und wäre durch die Bundesstaaten Montana und South Dakota verlaufen. Der südliche Teil der *Keystone XL*-Pipeline ist bereits seit Januar 2014 in Betrieb und verbindet einen Ölhub in Oklahoma mit Raffinerien in Texas. Das *Keystone XL*-Projekt setzt auf der bereits seit 2010 bestehenden *Keystone*-Pipeline auf, die über North und South Dakota bis zu 590.000 Barrel Rohöl täglich aus Alberta nach

Nebraska und Illinois transportiert. Zudem verbindet die *Keystone*-Pipeline Nebraska mit dem Ölhub in Oklahoma.

Die *Keystone XL*-Pipeline wurde aufgrund vermeintlich drohender Umwelt- und Klimaverschmutzung scharf kritisiert. Fallende Ölpreise stellen zudem die Wirtschaftlichkeit des Projektes infrage. Die kostenintensive Ölförderung in Alberta wurde zwischen Januar und Juli Schätzungen zufolge bereits um 13 Prozent reduziert. Manche Experten schätzen jedoch, dass die Entscheidung den Preis von Ölprodukten mittelfristig aufgrund von teureren Transportkosten erhöhen wird. Kanada ist der wichtigste ausländische Öllieferant der USA.

Große Teile der republikanischen Partei sowie einige Demokraten unterstützen die Pipeline, von der sie sich Arbeitsplätze sowie Energiesicherheit versprechen. Bereits Anfang 2015 hatte der US-Kongress ein Genehmigungsgesetz für die *Keystone XL*-Pipeline verabschiedet, jedoch legte Obama ein Veto ein. Versuche, dieses durch eine Zweidrittelmehrheit außer Kraft zu setzen, scheiterten im Senat. Der Kongress-Entscheid war ohnehin lediglich symbolischer Natur. Da die Pipeline die US-kanadische Grenze überschreiten würde, muss sie durch das *State Department* autorisiert werden und benötigt die Zustimmung des US-Präsidenten. Ein neuer Präsident könnte Obamas Entscheidung revidieren.

Ölexportrestriktionen

Am 18. Dezember beschloss der US-Kongress, die US-Rohölexportrestriktionen aufzuheben. Demokratische Kongressmitglieder sowie das Weiße Haus hatten ihren Widerstand gegen die von Republikanern geforderte Gesetzesänderung aufgegeben, um einen Kompromiss in den Haushaltsverhandlungen zu erzielen (siehe Haushaltspolitik). In Zukunft können US-Rohölexporte nur noch in Ausnahmefällen beschränkt werden, so zum Beispiel falls politische Sanktionen gegen bestimmte Länder, ein nationaler Notstand oder ein nationaler Versorgungseingpass eintreten.

Exportrestriktionen für Rohöl wurden erstmals angesichts des arabischen Ölembargos 1973 eingeführt. Der *Energy Policy and Conservation Act* von 1975 sowie der *Export Administration Act* von 1979 verboten – bis auf wenige Ausnahmen – den Rohölexport ohne spezielle Exportlizenzen, um inländische Ölreserven zu erhalten. Im September 2015 exportierten die USA im Durchschnitt 409.000 Barrel Rohöl pro Tag, was lediglich vier Prozent der US-Rohölproduktion entsprach.

Die Befürworter eines Abbaus der Exportrestriktionen argumentieren, dass eine Liberalisierung des Exports Marktverzerrungen beseitigen und die US-Ölwirtschaft stärken würde. Die Gegner von Ölexporten befürchten dagegen einen höheren Benzinpreis. Darüber hinaus würde der Export fossiler Energieträger aus Sicht vieler Demokraten die US-Klimapolitik untergraben. Laut der EIA hätte der Abbau von Ölexportbarrieren nur einen geringen Einfluss auf Benzinpreise und würde diese möglicherweise sogar verringern. Die Benzinpreise in den USA orientieren sich an den internationalen Brent-Preisen für Rohöl. Ein Abbau der Exportrestriktionen würde den Preis des inländischen WTI-Rohölpreises erhöhen und somit die US-Produktion steigern. Dies würde wiederum die internationalen Brent-Preise senken.

Clean Power Plan

Anfang Dezember verabschiedete der US-Kongress mit den Stimmen der republikanischen Mehrheit zwei Maßnahmen, um seine Ablehnung des *Clean Power Plan* (CPP) auszudrücken. Präsident Obama legte sein Veto gegen diese ein. Die Abstimmung im Kongress war vor allem symbolischer Natur und sollte angesichts der Pariser Klimaverhandlungen signalisieren, dass die USA die Verhandlungsziele von Präsident Obama nicht unterstützen.

Der CPP wurde Anfang August von Präsident Obama verkündet und schreibt vor, die CO₂-Emissionen in der Stromerzeugung in den USA bis 2030 im Vergleich zu 2005 um 32 Prozent zu senken. Unter anderem beinhaltet der CPP verbindliche Emissionsreduktionen für Kohlekraftwerke. Juristisch basiert der CPP auf einer Entscheidung der *Environmental Protection Agency* (EPA). Der *Clean Air Act* gibt der EPA das Recht, eigenständig und ohne Kongressbeteiligung verbindliche Emissionsziele zu setzen.

Weiterer Widerstand gegen den CPP wird auf regionaler und lokaler Ebene erwartet. Mehrere republikanische Gouverneure haben angekündigt, die Vorgaben zu ignorieren. 24 Bundesstaaten haben eine gemeinsame Klage gegen den CPP vor dem *U.S. Appeals Court* in Washington D.C. eingelegt.

Volkswagen-Abgasaffäre

Im September leitete die US-Umweltschutzbehörde *Environmental Protection Agency* (EPA) ein Verfahren gegen den Volkswagen-Konzern (VW) wegen Verstößen gegen den *Clean Air Act* (CAA) ein. VW entschuldigte sich öffentlich für die Manipulation, die auf das Fehlverhalten einzelner Mitarbeiter zurückzuführen sei. Der Konzern versprach, zu einer raschen Aufklärung beizutragen sowie Missstände zu korrigieren. Insgesamt sind in den USA mindestens 482 000 Fahrzeuge betroffen, die VW zurückrufen und umrüsten muss – weltweit handelt es sich um bis zu elf Millionen Autos. Die Abgasaffäre hat weitreichende juristische Folgen für VW in den USA.

Internationale Klimapolitik

Am 12. Dezember einigte sich die Staatengemeinschaft in Paris auf einen neuen Klimavertrag. Das Abkommen soll 2020 in Kraft treten und setzt das Ziel, den Temperaturanstieg bis zum Jahr 2100 auf weniger als 1,5 Grad Celsius zu begrenzen. Wesentliche Bestandteile der Vereinbarung sind, dass Entwicklungsländer bei der Dekarbonisierung unterstützt werden sowie, dass alle Länder langfristig ihre Emissionen senken. Obama betonte, das Abkommen sei zwar nicht perfekt, könnte aber das benötigte Rahmenwerk bieten, um die Klimakrise zu lösen.

Der Erfolg der Pariser Verhandlungen sei zu einem großen Teil der US-amerikanischen Führungsrolle zu verdanken, so Präsident Obama. Die USA wären unter seiner Präsidentschaft zum globalen Taktgeber in der Klimapolitik geworden. Republikanische Kongressmitglieder kritisierten das Pariser Abkommen. Obama hätte Versprechen gemacht, welche die USA nicht einhalten würden. Zudem werde ein republikanischer Präsident das Abkommen wieder aussetzen. Sämtliche republikanische Präsidentschaftskandidaten lehnen die Pariser Klimaziele ab, da diese die US-Wirtschaft übermäßig belasteten und die Beiträge von Ländern wie China und Indien zu klein seien.

Das Pariser Klimaabkommen ist zwar verbindlich, beinhaltet jedoch keine rechtlichen Verpflichtungen zur Emissionssenkung und Finanzierung, die einer Ratifizierung durch den US-Senat bedürften. Es wird erwartet, dass die republikanische Mehrheit im Kongress versucht, das Abkommen über andere Wege zu torpedieren. So hatten die Republikaner in den Budgetverhandlungen erfolglos versucht, die US-Finanzierung des UN-Klimafonds in Höhe von \$3 Milliarden zu blockieren. Der UN-Klimafonds soll ärmere Länder dabei unterstützen, Maßnahmen zur Vermeidung des Klimawandels und zur Anpassung an den Klimawandel durchzuführen. Nach Ansicht Obamas ist der UN-Klimafond dafür maßgeblich, dass der Pariser Klimavertrag erfolgreich umgesetzt wird.

Am 29. November kündigte die US-Administration gemeinsam mit 19 weiteren Regierungen, unter ihnen Deutschland, ihre Teilnahme an der *Mission Innovation* an. Mitglieder der Initiative streben an, ihre Investitionen in die Forschung und Entwicklung saubererer Energien innerhalb der nächsten fünf Jahre zu verdoppeln. Energieminister Moniz räumte ein, dass dies zu „komplexen Diskussionen“ mit dem Kongress führen wird.

Handelspolitik

Export-Import Bank

Am 3. Dezember verabschiedete der US-Kongress die Mandatsverlängerung der Export-Import Bank (Ex-Im Bank) bis zum 30. September 2019. Die unabhängige staatliche Exportförderagentur soll Lücken in der privaten Exportfinanzierung schließen. Hierfür vergibt die Ex-Im Bank Exportkreditversicherungen, Kapital- und Kreditgarantien sowie direkte Kredite an US-amerikanische Exporteure und ausländische Käufer von US-Produkten. Das Mandat der Ex-Im Bank war am 30. Juni abgelaufen, nachdem sich der Kongress nicht auf seine Verlängerung hatte einigen können. Während das Weiße Haus, die meisten demokratischen Abgeordneten sowie viele republikanische Abgeordnete eine Verlängerung befürworteten, verweigerte die republikanische Kongressführung, diese zur Abstimmung zu stellen. Grund hierfür war die große Zerstrittenheit der republikanischen Partei in dieser Frage sowie die ablehnende Haltung des republikanischen Führungskreises gegenüber der Ex-Im Bank.

Tea Party-Anhänger sowie marktkonservative Republikaner betrachten die Aktivitäten der Ex-Im Bank als marktverzerrend. Diese seien Sozialhilfe für Unternehmen (*corporate welfare*), von der hauptsächlich große Unternehmen profitierten. 2013 waren etwa 30 Prozent der Unterstützung der Ex-Im Bank *Boeing* zugutegekommen. Zudem ist die Ex-Im Bank ihren Kritikern zufolge ein Risiko für den Steuerzahler. Die Ex-Im Bank erzielt normalerweise Überschüsse und hat 2014 Gewinne in Höhe von \$675 Millionen an das US-Finanzamt überwiesen. Jedoch bürgt der Staat für mögliche Verluste oder einen Zahlungsausfall der Ex-Im Bank.

Die jetzige Mandatsverlängerung basiert auf einem überparteilichen Kompromiss, in dem die Ex-Im-Tätigkeitsberechtigung mit der mehrjährigen Infrastrukturfinanzierung (*highway bill*) verbunden wurde. Die Mittelvergabeobergrenze der Ex-Im Bank wurde leicht auf \$135 Milliarden abgesenkt. Zudem wurde der Mindestanteil an finanzieller Unterstützung, die für kleine Unternehmen aufgewendet werden müssen, angehoben. Seit Juli konnte die Ex-Im Bank keine weitere finanzielle Unterstützung gewähren, betreute jedoch weiterhin ihre vergebene Exportfinanzierung in Höhe von \$122 Milliarden.

Transatlantic Trade and Investment Partnership (TTIP)

Die elfte Verhandlungsrunde fand vom 19. bis 23. Oktober in Miami, Florida, statt. Beide Verhandlungsparteien betonten, dass sie in vielen Verhandlungsbereichen Fortschritte gemacht hätten. Die Verhandlungsführer bekräftigten, dass sie Verhandlungen in hohem Tempo weiterführen wollten. Sie wiederholten zudem, dass TTIP hohe Standards auf beiden Seiten des Atlantiks aufrechterhalten und die Regulierungshoheit der Vertragsstaaten schützen werde. Schwerpunkte der elften Verhandlungsrunde waren Zölle, Marktzugang im Bereich Dienstleistungen, regulatorische Zusammenarbeit, Verhandlungen über ein Nachhaltigkeitskapitel sowie die Ausgestaltung eines Mittelstandskapitels. Verhandlungen über ein Investitionsschutzkapitel mit Investor-Staat-Schiedsverfahren (ISDS) wurden in der elften Verhandlungsrunde ein weiteres Mal ausgeklammert, da der neue Vorschlag der EU-Kommission zu diesem Zeitpunkt noch innerhalb der EU beraten wurde. Am 12. November wurde er der US-Seite offiziell übermittelt. Somit kann ab der zwölften Verhandlungsrunde wieder über Investitionsschutz verhandelt werden. Der US-Handelsbeauftragte (USTR) Michael Froman äußerte sich bereits kritisch zum EU-Vorschlag. Einen Berufungsmechanismus, wie er im EU-Vorschlag vorgesehen ist, halte er nicht für notwendig. Die USA hätten noch nie einen Fall gegen einen Investor verloren. Dies zeige, dass die Regulierungshoheit des Staates in US-amerikanischen Investitionsschutzabkommen ausreichend geschützt sei. Die Möglichkeit der Berufung gäbe dem Investor eine zusätzliche Chance zu klagen. Ihm leuchte nicht ein, warum dies nötig sei, so Froman.

Im Bereich der Zölle legten beide Seiten Verhandlungsangebote vor. Die Angebote decken 97 Prozent aller Zolllinien im transatlantischen Markt ab. Im Dienstleistungsbereich erzielten die Verhandlungsteams nach eigenen Angaben Fortschritte bei der gegenseitigen Anerkennung von Berufsabschlüssen bei Architekten, Anwälten und Wirtschaftsprüfern. Die gegenseitige Anerkennung soll berufsspezifisch verhandelt werden. Im Bereich der regulatorischen Zusammenarbeit diskutierten die Verhandlungsteams über eine gegenseitige Anerkennung von Konformitätsbewertungsstellen. Damit könnte eine in der EU akkreditierte Stelle die Konformität eines Produkts mit den US-Vorschriften feststellen. Zudem wurden die Gespräche in den sektorspezifischen Verhandlungsgruppen fortgeführt. Im Bereich Pharmazeutik soll in den kommenden Monaten ein gemeinsamer Vorschlag zur gegenseitigen Anerkennung der *Good Manufacturing Practice* vorgelegt werden. Im Automobilsektor wurde die Möglichkeit diskutiert, technische Standards als äquivalent anzuerkennen oder zu harmonisieren, zum Beispiel im Bereich der Sicherheitsgurte.

Die EU-Kommission legte zur Verhandlungsrunde einen neuen Vorschlag für ein ambitioniertes Nachhaltigkeitskapitel vor. Dieses ist auch online einsehbar. Demnach sollen sich die Vertragsparteien zu hohen Arbeits- und Umweltschutzstandards verpflichten, insbesondere zur Einhaltung der ILO-Kernarbeitsnormen und zum Recht auf Kollektivverhandlungen. Über einen Mechanismus zur Durchsetzung dieser Verpflichtungen wurde noch nicht gesprochen. Schließlich einigten sich EU und USA, Anforderungen im transatlantischen Handel, die für den Mittelstand relevant sind, transparenter zu machen und auf eine benutzerfreundliche Art zur Verfügung zu stellen. Die EU schlägt dazu einen *one-stop-shop* vor. Zudem ist ein *SME Committee* geplant. Durch dieses Gremium soll die mittelstandsfreundliche Umsetzung des Abkommens gewährleistet werden.

Abschluss der TPP-Verhandlungen

Am 5. Oktober 2015 gaben die Verhandlungspartner der Trans-Pazifischen Partnerschaft (TPP) den Abschluss der Verhandlungen bekannt. Das Abkommen soll in Kraft treten, sobald mindestens sechs Staaten, die mindestens 85 Prozent der Wirtschaftsleistung aller TPP-Staaten ausmachen, das Abkommen ratifiziert haben. Um diese Schwelle zu erreichen müssen sowohl die USA als auch Japan das Abkommen ratifizieren.

Das Abkommen umfasst insgesamt 30 Kapitel. Ziel ist, den gegenseitigen Marktzugang zu verbessern. Dazu sollen Zölle und nicht-tarifäre Handelshemmnisse abgebaut, die Beschaffungsmärkte geöffnet und der Dienstleistungshandel liberalisiert werden. TPP deckt jedoch nicht nur die klassischen Kernthemen eines Handelsabkommens ab, sondern geht darüber hinaus. Der Vertrag regelt den Schutz geistigen Eigentums, den Umgang mit Staatsunternehmen, den digitalen Handel sowie den Investitionsschutz. Schließlich enthält TPP Kapitel zur Nachhaltigkeit (Arbeits- und Umweltstandards) sowie zur Förderung des Handels von kleinen und mittleren Unternehmen.

Die Bedeutung von TPP für die USA: TPP wird das größte plurilaterale Freihandelsabkommen (FTA) weltweit sein – zumindest bis die Verhandlungen zu TTIP abgeschlossen sind. Im Jahr 2014 entfielen auf die TPP-Länder 36,3 Prozent des weltweiten BIP, 35 Prozent der weltweiten ausländischen Direktinvestitionen (Bestände; *inward stock*), 29 Prozent der weltweiten Warenexporte sowie 34,5 Prozent der weltweiten Warenimporte. Der Anteil an der weltweiten Bevölkerung liegt bei 11,2 Prozent.

Die Bedeutung von TPP im Vergleich zu anderen Freihandelsabkommen

	Zahl der Länder	Anteil an der Weltbevölkerung in % (2014) ²⁾	Anteil am Welt-BIP in % (2014) ³⁾	Anteil an den Beständen von ADI in % (Outward Stock) (2014) ³⁾	Anteil an den Beständen von ADI in % (Inward Stock) (2014) ³⁾
TTIP	2 ¹⁾	11,4	46,5	62,9	53,5
TPP	12	11,2	36,3	39,2	35,0
NAFTA	3	6,6	26,6	29,1	25,9
EU-Kanada (CETA)	2 ¹⁾	7,5	26,2	40,1	34,1
EU-Korea	2 ¹⁾	7,7	25,7	38,3	32,2
US-Korea	2	5,1	24,5	26,7	22,7

	Anteil an den weltweiten Warenimporten in % (2014) ⁴⁾	Anteil an den weltweiten Warenexporten in % (2014) ⁴⁾	Anteil an den weltweiten Dienstleistungsimporten in % (2014) ⁴⁾	Anteil an den weltweiten Dienstleistungsexporten in % (2014) ⁴⁾
TTIP	30,6	25,7	32,3	44,5
TPP	34,5	29,0	29,1	32,6
NAFTA	21,7	16,5	15,9	21,1
EU-Kanada (CETA)	17,8	18,1	23,0	28,5
EU-Korea	18,2	18,8	23,2	29,0
US-Korea	19,3	14,5	15,3	21,1

¹⁾ Europäische Kommission verhandelt mit dem Mandat der 28 Mitgliedsstaaten.

²⁾ Quelle: Weltbank.

³⁾ Quelle: UNCTAD, Vorläufige Angaben.

⁴⁾ Quelle: WTO, Zahlen ohne intra-EU-Handel.

Die wachsenden Märkte im asiatisch-pazifischen Raum sind wichtige Abnehmer US-amerikanischer Produkte. Die USA exportierten 2014 Industriegüter im Wert von über \$726 Milliarden in die TPP-Staaten. Dies waren 44,8 Prozent ihrer gesamten Warenexporte. Beim Warenhandel sind die Nachbarländer Kanada und Mexiko die wichtigsten Partner. Aus den USA gehen 19,3 Prozent der Warenexporte (gemessen am Gesamtexport) nach Kanada, 14,8 Prozent nach Mexiko. Unter den asiatischen Partnerländern stechen Japan (4,1 %), Singapur (1,9 %) und Australien (1,6 %) heraus. Ähnlich ist es bei den Warenimporten aus TPP-Mitgliedstaaten in die USA. Die meisten Waren werden aus Kanada (14,8 %) und Mexiko (12,5 %) importiert, gefolgt von Japan (5,7 %), Vietnam und Malaysia (beide 1,3 %).

Bei den Dienstleistungen spielen die asiatischen TPP-Länder für die USA schon heute eine wichtige Rolle. Zwar ist Kanada mit 8,6 Prozent das größte Zielland für US-Dienstleistungen, zweitwichtigster TPP-Partner ist jedoch Japan (6,6 %), erst an dritter Stelle folgt Mexiko (4,2 %). Nach Australien werden 2,7 Prozent der US-Dienstleistungen exportiert. Bei den Dienstleistungsimporten liegt Japan (6,5 %) vor Kanada (6,3 %) und Mexiko (4,1 %).

Auch bei den ausländischen Direktinvestitionen (ADI) zeigt sich, wie stark die Wirtschaftsbeziehungen zwischen den USA und vielen TPP-Staaten sind. Die größten Bestände US-amerikanischer ADI in TPP-Ländern (aktive Direktinvestitionen der USA, *outward*) befinden sich in Kanada (7,9 %), gefolgt von Singapur (3,1 %), Australien und Japan (jeweils 3 %). Bei den Investitionen in den USA (passive Direktinvestitionen der USA, *inward*) ist Japan mit 11,6 Prozent der wichtigste Partner, gefolgt von Kanada (8,5 %).

Die Handelszahlen zeigen, wie wichtig die TPP-Staaten als Wirtschaftspartner für die USA sind. Sowohl bei Handel als auch Investitionen mit den asiatischen TPP-Mitgliedsstaaten besteht allerdings noch erhebliches Entwicklungspotenzial. Vor allem der Abbau von Zöllen und nicht-tarifären Handelshemmnissen könnte einen erheblichen Beitrag dazu leisten, die Wirtschaftsbeziehungen zwischen den USA und dem asiatischen Raum zu stärken.

US-Wirtschaftsbeziehungen mit den TPP-Ländern

	Warenexporte ¹⁾ nach (in % an gesamt)	Warenimporte ¹⁾ aus (in % an gesamt)	Dienstleistungs- exporte ²⁾ nach (in % an gesamt)	Dienstleistungs- importe ²⁾ aus (in % an gesamt)	Investitionen (Bestände, inward) ³⁾ aus ... in den USA (in % an gesamt)	Investitionen (Bestände, outward) ³⁾ in ... aus den USA (in % an gesamt)
Australien	1,6	0,4	2,7	1,4	1,6	3,0
Brunei	0,0	0,0	n/a	n/a	0,0	0,0
Chile	1,0	0,4	0,5	0,3	0,0	0,9
Japan	4,1	5,7	6,6	6,5	11,6	3,0
Kanada	19,3	14,8	8,6	6,3	8,5	7,9
Malaysia	0,8	1,3	0,4	0,4	0,0	0,3
Mexiko	14,8	12,5	4,2	4,1	0,6	2,3
Neuseeland	0,3	0,2	0,3	0,3	0,1	0,2
Peru	0,6	0,3	n/a	n/a	0,0	0,2
Singapur	1,9	0,7	1,7	1,2	1,0	3,1
Vietnam	0,4	1,3	n/a	n/a	0,0	0,0

¹⁾ Quelle: UNCTAD; Zahlen für 2014.

²⁾ Quelle: Bureau of Economic Analysis; Zahlen für 2014.

³⁾ Quelle: OECD; Zahlen für 2012.

Weitere Schritte – Herausforderung Kongress: Der *Bipartisan Congressional Trade Priorities and Accountability Act of 2015*, der dem US-Präsidenten die *Trade Promotion Authority* (TPA) übertragen hat, verlangt, dass der Präsident mindestens 90 Tage vor Verhandlungsschluss den Kongress über sein Vorhaben informiert, ein Handelsabkommen zu unterzeichnen. Dies soll dem Kongress genügend Zeit einräumen, das Abkommen zu überprüfen und gegebenenfalls noch inhaltliche Vorschläge zu machen, bevor die Verhandlungen abgeschlossen sind. Präsident Obama hat diesen Prozess am 5. November angestoßen. Erst nach dieser Frist könnte der Präsident das Abkommen unterzeichnen und zur Abstimmung an den Kongress schicken. Die Administration, allen voran das Büro des Handelsbeauftragten, ist laut Aussagen von *White House Press Secretary* Josh Earnest in einem ständigen Austausch mit den Kongressabgeordneten, insbesondere mit den federführenden Ausschüssen (*Committee on Ways and Means* im Repräsentantenhaus und *Senate Finance Committee*). Präsident Obama möchte TPP als politischen Sieg für sich verbuchen. Das Abkommen noch vor der Amtseinführung des neuen Präsidenten am 20. Januar 2017 zu ratifizieren, ist allerdings ambitioniert.

Am 10. Dezember sprach sich der Mehrheitsführer im Senat, Mitch McConnell (R-Kentucky), gegen eine Abstimmung noch vor den Präsidentschaftswahlen aus und verwies auf starke Widerstände im Kongress. Der neue Sprecher des Repräsentantenhauses, Paul Ryan (R-Wisconsin), schloss am 15. Dezember hingegen nicht aus, dass es noch vor den Präsidentschaftswahlen zu einer Abstimmung kommen könnte. Für die Republikaner im Repräsentantenhaus ist laut Ryan vor allem das Ambitionsniveau des Abkommens ausschlaggebend. Kommt die Partei zum Ergebnis, dass dieses ausreicht, sollte der Kongress so schnell wie möglich über das Abkommen abstimmen.

In der US-Bevölkerung ist TPP umstritten. Gewerkschaften, Verbraucher- und Umweltschützer befürchten, dass die gegenseitige Marktöffnung mit Ländern wie Malaysia oder auch Vietnam den Produktionsstandort USA weiter unter Druck setzt. Sie warnen davor, dass Produktion und Arbeitsplätze ins Ausland verlagert und in der Folge Arbeitslosigkeit, Armut und Einkommensungleichheit in den USA steigen werden. In der Debatte um TPP klingen zudem viele Kritikpunkte an, die auch den deutschen TTIP-Diskurs prägen: mangelnde Transparenz der Verhandlungen, fehlende Einbeziehung der Öffentlichkeit sowie Gefährdung demokratisch legitimer Entscheidungsprozesse.

Generell ist die Sicht der US-Amerikaner auf internationalen Handel eher skeptisch. Laut einer Umfrage des Meinungsforschungsinstituts *Pew Research Center* im Frühjahr 2015 sind 58 Prozent der Befragten der Meinung, dass sich internationaler Handel positiv auf das Wirtschaftswachstum auswirkt. 33 Prozent sehen im internationalen Handel eine Gefahr für das Wirtschaftswachstum. Darüber hinaus sind 46 Prozent der Befragten der Meinung, dass Löhne durch Freihandelsabkommen sinken, während nur 11 Prozent glauben, dass Löhne steigen. Ebenfalls 46 Prozent sind der Meinung, dass Freihandelsabkommen Arbeitsplatzverluste nach sich ziehen. Nur 17 Prozent glauben, dass neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Und 34 Prozent finden, dass sich Freihandelsabkommen negativ auf das Wirtschaftswachstum in den USA auswirken, während 31 Prozent der Befragten glauben, dass von ihnen ein positiver Wachstumsimpuls ausgeht.

Noch deutlicher wird die skeptische Haltung der US-Amerikaner bei konkreten Umfragen zu TPP. Laut der Frühjahrsumfrage 2015 des *Pew Research Center* sind 49 Prozent der Befragten der Meinung, dass TPP gut für die USA wäre. Dem stehen zwar nur 29 Prozent gegenüber, die TPP für schlecht befinden, doch beantworteten 9 Prozent der Befragten die Frage gar nicht und 13 Prozent gaben an, zu wenig über TPP zu wissen. Die Zustimmung für TPP ist nur in Malaysia (38 %) niedriger als in den USA – jedoch sind in Malaysia nur 18 Prozent dagegen. Am stärksten ist die Zustimmung für TPP in Vietnam: 89 Prozent der Befragten halten TPP gut für das Land, nur 2 Prozent sind vom Gegenteil überzeugt.

Laut Pew variiert die Zustimmung und Ablehnung des Abkommens entlang der Parteilinien. Während in der Frühjahrsumfrage 51 Prozent der Befragten, die sich als Demokraten bezeichneten, der Meinung sind, dass TPP gut für die USA wäre, sind nur 43 Prozent der Personen, die sich als Republikaner bezeichneten, dieser Meinung. Die Unterstützung für TPP ist bei jüngeren Menschen (Alter zwischen 18 und 29 Jahren) mit 65 Prozent deutlich höher als Personen im Alter zwischen 30 und 49 Jahren (49 % Zustimmung) und Personen über 50 Jahren (41 %). In einem *Washington Post-ABC News Poll* wurde Mitte Oktober die Frage gestellt, ob der

nächste Präsident TPP unterstützen oder ablehnen sollte. 44 Prozent der Befragten gaben an, dass sie es bevorzugen, wenn der nächste Präsident TPP unterstützt, während 32 Prozent eine ablehnende Haltung bevorzugten. 25 Prozent hatten keine Meinung.

TPP im Wahlkampf: Nach dem Abschluss der TPP-Verhandlungen im Oktober haben sich die meisten Kandidaten zu TPP positioniert, auch wenn TPP im Präsidentschaftswahlkampf keine dominierende Rolle spielt. Hillary Clinton lehnt das Abkommen in seiner jetzigen Form ab. Als US-Außenministerin hatte sie es noch unterstützt. Sie erklärt ihren Meinungswechsel damit, dass das ausgehandelte Abkommen hinter ihren Erwartungen zurückbleibe. Es sei nicht der Goldstandard, den sie sich erhofft habe. Auch Bernie Sanders kritisiert das Abkommen. Es helfe den Interessen der CEOs großer Unternehmen, nicht jedoch US-amerikanischen Arbeitern, so Sanders. Sanders befürchtet, dass durch das Abkommen Arbeitsplätze in den USA verloren gehen und Fabriken geschlossen werden. Donald Trump, der die Umfragen unter den republikanischen Kandidaten anführt, lehnt TPP ebenfalls ab. Das Abkommen sei nicht fair gegenüber US-Amerikanern. TPP sollte Sanktionsmechanismen beinhalten, um Länder abzustrafen, die ihre Währung manipulieren und so einen unfairen Vorteil erlangen. Ted Cruz sprach sich am 12. November gegen eine TPP-Abstimmung während der *lame duck session*, also dem Zeitraum zwischen den Wahlen im November 2016 und der Amtseinführung des neuen Kongresses, aus. Über ein solches Gesetz sollte der Kongress abstimmen, wenn dessen Mitglieder rechenschaftspflichtig sind. Cruz selbst ist sehr skeptisch gegenüber dem Abkommen. Seiner Meinung nach sei TPP von einem Präsidenten ausgehandelt worden, dessen Politik wiederholt US-amerikanischen Arbeitern geschadet habe. Von den Kandidaten mit den derzeit höchsten Zustimmungswerten stehen Marco Rubio und Ben Carson dem Abkommen am positivsten gegenüber. Rubio bezeichnete die Trans-Pazifische Partnerschaft als eine der drei Säulen seiner Präsidentschaft, sollte er die Wahl gewinnen. Im November führte jedoch einer seiner Sprecher aus, dass Rubio sich noch nicht endgültig entschieden habe, ob er für oder gegen das Gesetz stimmen würde. Carson unterstützt das Abkommen.

WTO-Ministerkonferenz in Nairobi

Am 19. Dezember 2015 ging in der kenianischen Hauptstadt Nairobi die zehnte Ministerkonferenz der WTO zu Ende. Die USA waren mit einer deutlich kritischen Haltung nach Nairobi gereist. Der US-Handelsbeauftragte Michael Froman (USTR) forderte im Vorfeld von Nairobi und in der Plenarversammlung der Ministerkonferenz, dass die WTO-Mitglieder ein neues Kapitel in der Geschichte der Handelsorganisation aufschlagen sollten. Froman forderte zwar nicht explizit ein offizielles Ende der *Doha Development Agenda* (DDA), sieht die bisherige Verhandlungsarchitektur aber als überholt und gescheitert an. Die wirtschaftlichen Realitäten hätten sich seit Beginn der DDA im Jahr 2001 verändert. Beispielsweise würden inzwischen nicht mehr die Industrie-, sondern die Schwellenländer die größten Subventionen im Agrarbereich gewähren. Die künstliche Trennung zwischen Industrie- und Schwellenländern mache keinen Sinn mehr. Außerdem sei klar, dass der umfassende Ansatz der DDA im Gegensatz zu plurilateralen und bilateralen Handelsinitiativen nicht mehr funktioniere. Indirekt kritisierte er dabei auch das Prinzip des *single undertaking* (nichts ist beschlossen, bevor alles beschlossen ist). Der US-Handelsbeauftragte fordert daher einen „pragmatischen Multilateralismus“, der ermöglicht, auch andere Verhandlungsthemen anzugehen. Dazu gehörten beispielsweise Themen wie E-Commerce oder auch Kleine Unternehmen. Die WTO habe beispielsweise mit dem multilateralen Abkommen über Handelserleichterung (*Trade Facilitation Agreement*, TFA) bewiesen, dass ein pragmatischer Ansatz Ergebnisse liefern könne. Die EU unterstützte zusammen mit anderen Industrieländern wie Japan die Forderung der USA, dass es nach Nairobi bei der DDA kein „Weiter so“ geben dürfe.

Froman zeigte sich nach Abschluss der Konferenz zufrieden. Nairobi würde tatsächlich einen Wendepunkt für die WTO markieren. So habe es eine ehrliche Diskussion über die Zukunft der DDA gegeben. 2016 könnten die Mitglieder nun über neue Ansätze nachdenken, um die ungelösten Fragen anzugehen und neue Themen für die WTO zu erwägen. Die bei der Konferenz gefassten Beschlüsse beschrieb Froman als bedeutend, um die weltwirtschaftliche Entwicklung zu unterstützen.

Agrarverhandlungen: Im Mittelpunkt der Verhandlungen in Nairobi stand die Landwirtschaft – ein auch für die USA zentrales Thema. Dem *US Department of Agriculture* zufolge exportierten die USA im Haushaltsjahr 2014 landwirtschaftliche Güter in Höhe von \$152,5 Milliarden. Dies entsprach etwa 10,6 Prozent der gesamten US-

Warenexporte. Die Agrarimporte beliefen sich auf \$109,2 Milliarden. Die USA hatten laut UNCTAD im Jahr 2014 einen Anteil von 10,7 Prozent an den weltweiten Agrarexporten (Nahrungsmittel und lebende Tiere, tierische und pflanzliche Öle, Fette und Wachse, landwirtschaftliche Rohstoffe). Nach Angaben der Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen waren die USA im Jahr 2013 für 9,7 Prozent des Wertes der globalen landwirtschaftlichen Produktion verantwortlich.

Bei den Agrarverhandlungen in Nairobi ging es in erster Linie um Exportwettbewerb: Exportsubventionen, Exportkredite, Nahrungsmittelhilfen, die öffentliche Lagerhaltung von Nahrungsmitteln, einen speziellen Schutzmechanismus für Entwicklungsländer und den Umgang mit Staatshandelsunternehmen. Zudem wurde über Regelungen zugunsten der am wenigsten entwickelten Länder (LDCs) und Transparenzpflichten verhandelt. Die USA nahmen in den schwierigen Gesprächen eine Schlüsselrolle ein. Während sie eine Abschaffung der Exportsubventionen forderten, zeigten sie sich bei den anderen Agrarthemen unflexibel. Die Interessen der USA standen dabei in weiten Teilen unversöhnlich denen vieler Schwellen- und Entwicklungsländern – allen voran Indiens – gegenüber. In teils zähen Verhandlungen, die um einen Tag verlängert wurden, konnten am Ende dennoch zahlreiche Kompromisse in sensiblen Bereichen getroffen werden.

Die Entscheidung über Exportsubventionen bezeichnete WTO-Generaldirektor Roberto Azevedo als den bedeutendsten Durchbruch in Landwirtschaftsfragen seit Gründung der WTO vor 20 Jahren. 2005 hatten sich die WTO-Mitglieder auf ein Ende der Exportsubventionen bis 2013 geeinigt. Aufgrund des *single undertaking* der Doha-Runde wurde dieser Beschluss jedoch nicht umgesetzt. In Nairobi wurden neue Auslaufristen für Industrie- und Entwicklungsländer sowie Flexibilität für Entwicklungsländer bei Subventionen für Marketing und Transport beschlossen. Gewisse Ausnahmen sind auch für Industriestaaten wie Kanada, Norwegen, die Schweiz und die EU vorgesehen. Spätestens Ende 2023 müssen dann die letzten Subventionen dieser Art auch durch alle Entwicklungsländer beseitigt sein. Die gefassten Beschlüsse zu Exportwettbewerb unterliegen allerdings grundsätzlich nicht der WTO-Streitschlichtung und können deshalb nur über *naming and shaming* durchgesetzt werden. Froman gab sich dennoch zufrieden mit dem Verhandlungsergebnis. Das Büro des USTR unterstrich, dass die Regelungen den subventionierten Exporten Kanadas von Milchprodukten und Indiens von Zucker ein Ende bereiten würde. Das US-Verhandlungsteam hatte insbesondere die hohen Exportsubventionen der Schwellenländer scharf kritisiert. Vor der Ministerkonferenz sprach sich eine große Koalition von US-Agrarverbänden für die Abschaffung von Exportsubventionen aus, darunter die *American Farm Bureau Federation*, die *National Corn Growers Association* oder auch der *U.S. Dairy Export Council*.

Exportfinanzierung: Ein wichtiger Bestandteil der Agrarverhandlungen waren Exportkredite, Exportkreditgarantien und Exportkreditversicherungen. Diese Art der Förderung von Agrarexporten ist Ländern wie Brasilien, Neuseeland, Australien oder auch Argentinien seit Langem ein Dorn im Auge. Die Cairns-Gruppe forderte strengere und einheitliche Regeln für Tilgung, Tilgungsdauer, Zinsen und Anrecht auf Exportkredite, -versicherungen und -garantien. Zu laxen Regeln und Konditionen kämen ihnen zufolge einer Exportsubvention gleich. Die USA fördern ihre Agrarexporte substantiell durch solche Programme. Über Exportkredite, -versicherungen und -garantien unterstützte die Ex-Im Bank 2014 mit insgesamt \$501 Millionen Agrarexporte in Höhe von \$1,2 Milliarden. Darüber hinaus werden Agrarexporte durch ein spezielles Exportkreditgarantie-Programm (*GSM-102*) in Höhe von bis zu \$5,5 Milliarden jährlich gefördert. Die EU und die Cairns-Gruppe forderten eine Beschränkung auf 180 Tage Tilgungsfrist für Agrarexportkredite, -garantien und -versicherungen sowie ein konkretes Datum, bis zu dem sich die Exportfinanzierungsprogramme selbst tragen müssen. Die USA betrachteten diese Vorschläge als zu streng und konnten sich in Nairobi durchsetzen. Die jetzt vereinbarte Tilgungsfrist von maximal 18 Monaten entspricht der Praxis unter dem *GSM-102* in den USA. Ein Stichtag, bis zu dem sich die Programme selbst tragen müssen, wurde nicht vereinbart. China konnte strengere Vorgaben für Exportkredite von Banken unter staatlichem Einfluss vermeiden. Eine solche Vereinbarung hätten die USA begrüßt. Dennoch bewertet ein Faktenpapier des USTR die Beschlüsse von Nairobi als Einschränkung für die Exportkreditprogramme Chinas und Brasiliens.

Nahrungsmittelhilfen: Auch beim Thema Nahrungsmittelhilfen waren die USA in der Defensive. Die USA gaben 2013 \$2,3 Milliarden für internationale Nahrungsmittelhilfen aus. Die USA werden vor allem dafür kritisiert, dass sie als eines der einzigen Länder ihre Hilfslieferungen teilweise „monetarisieren“, indem sie die Nahrungsmittel vor

Ort von Nichtregierungsorganisationen (NRO) oder dem jeweiligen Staat zu Preisen unter Marktwert weiterverkaufen lassen. Kritikern wie der EU und der Afrikanischen Gruppe zufolge stellt die Monetisierung eine Exportsubvention dar, die Nahrungsmittelpreise in den betroffenen Ländern verzerrt und lokale Agrarproduzenten sowie ausländische Exporteure verdrängt. Moniert wird zudem, dass mindestens 50 Prozent der US-Nahrungsmittelhilfen auf US-Schiffen transportiert werden müssen, was eine Subventionierung des US-Transportsektors darstelle. Die USA konnten in Nairobi WTO-Regeln verhindern, die ihre Flexibilität bei der Nahrungsmittelhilfe wesentlich einschränken würden. Der Text enthält nicht die von der EU geforderten Obergrenzen für die Monetisierung. Die Mitglieder sollten (*shall*) lediglich eine Monetisierung von Nahrungsmittelhilfen auf die Fälle beschränken, in denen dies aus bestimmten Gründen notwendig ist.

Spezieller Schutzmechanismus: Viele ärmere Entwicklungsländer, allen voran die Staatengruppe G-33, fordern einen speziellen Schutzmechanismus im Agrarhandel. Grundsätzlich wurde den Entwicklungsländern ein solches Instrument in Nairobi zugestanden. Die Details müssen jedoch erst in Sondersitzungen des Landwirtschaftsausschusses der WTO ausgehandelt werden. Der Schutzmechanismus soll es Entwicklungsländern ermöglichen, Zölle für bestimmte Produkte über die bei der WTO gebundenen Obergrenzen hinaus anzuheben, wenn das Einfuhrvolumen stark ansteigt oder die Importpreise stark sinken. Damit wollen Entwicklungsländer insbesondere ihre Kleinbauern schützen. Große Agrarexporteure, darunter auch die USA, sehen hingegen einen solchen Mechanismus kritisch. Der Streit über den Schutzmechanismus hatte bereits 2008 zum Scheitern der Ministerkonferenz in Genf beigetragen. Im Vorlauf auf die Ministerkonferenz in Nairobi hatten die USA sogar gefordert, die Verhandlungen über die speziellen Schutzmöglichkeiten komplett aufzugeben.

Öffentliche Lagerhaltung: Die öffentliche Lagerhaltung von Nahrungsmitteln war bereits eines der Schlüsselthemen der Ministerkonferenz im Bali. Im Nachgang hatte Indien die Annahme des multilateralen Abkommens über erleichterte Zollverfahren über Monate blockiert, um weitere Fortschritte auf dem Gebiet zu erzielen. Letztlich konnten sich die WTO-Mitglieder auf eine vorläufige Regelung über die öffentliche Lagerhaltung einigen. Diese Übergangslösung sollte für vier Jahre gelten, um Zeit für eine dauerhafte Regelung zu gewinnen. Viele Entwicklungsländer unterhalten Programme zur Vorratshaltung von Nahrungsmitteln, um Nahrungsmittelsicherheit zu garantieren. Unter bestimmten Bedingungen können diese Programme nicht vor dem WTO-Streitschlichtungsmechanismus angefochten werden. In Nairobi setzte sich Indien dafür ein, die Regelung permanent zu machen. Die USA lehnten dies ab. Am Ende konnte Indien zumindest erreichen, dass an einer permanenten Lösung zum Thema verstärkt gearbeitet werden soll.

Baumwolle: Ein besonders sensibles Thema für die USA war zudem der Handel mit Baumwolle. Verhandelt wurden vor allem die Elemente Marktzugang, heimische Stützungsmaßnahmen und Exportwettbewerb. Die USA sind der weltweit größte Exporteur und zweitgrößte Produzent von Baumwolle. Der Hauptkonkurrent bei Baumwollexporten, Brasilien, hatte bereits 2002 bis 2004 erfolgreich vor der WTO gegen die Baumwollsubventionen der USA geklagt. Im Jahr 2009 befand ein Streitschlichtungspanel der WTO, dass die USA in dem Bereich fortlaufend den Handel verzerren. Erst Ende 2014 konnten die USA den Handelsstreit mit einer Zahlung von \$300 Millionen an das brasilianische Baumwollinstitut beilegen. In Nairobi einigten sich die WTO-Mitglieder, dass die Industrieländer ab Januar 2016 und andere Entwicklungsländer zu einem späteren Zeitpunkt auf Basis einer Selbstverpflichtung den LDCs zoll- und quotenfreien Marktzugang gewähren sollen. Außerdem müssen die Industrieländer Exportsubventionen für Baumwolle sofort einstellen. Bezüglich heimischer Stützungsmaßnahmen unterstreicht die Entscheidung lediglich, dass es weiteren Handlungsbedarf gibt.

Umgang mit Staatsunternehmen im Agrarsektor: Im Zusammenhang mit Fragen des Exportwettbewerbs im Agrarbereich wurde in Nairobi auch über den Umgang mit Staatsunternehmen (SOE) und sogenannten Staatshandelsunternehmen (STE) verhandelt. Letztere sind eine spezielle Form von Staatsunternehmen, die besonderen WTO-Regeln unterliegen. Die USA und andere Länder wie Australien strebten bei Exportkreditprogrammen strengere Regeln für SOE an. In der Vergangenheit haben die USA verschiedene Streitfälle gegen China verloren, in denen es um Definitionsfragen im Zusammenhang mit SOE ging. Formulierungsdetails gelten deshalb als entscheidend. Außerdem wollte die US-Regierung erreichen, dass STE mit einer Monopolstellung abgeschafft werden müssen. Allerdings konnten sich die USA nicht gegen die Entwicklungs- und Schwellenländer

durchsetzen. Einzig neu ist die Vorgabe, dass STE durch ihr Handeln nicht andere Verpflichtungen im Agrarbereich umgehen dürfen. Dazu zählt, dass Mitglieder alles unternehmen müssen, um handelsverzerrende Effekte von Exportmonopolen zu minimieren.

Differenzierung nach Ländergruppen in der WTO: Ein wichtiges Anliegen der USA ist eine Differenzierung der WTO-Mitglieder entlang ihres Entwicklungsstands. Zurzeit wird nur zwischen Industrieländern, Entwicklungsländern und LDCs in der WTO unterschieden. Die Gruppe der G-90-Staaten, der ausschließlich Entwicklungsländer angehören, hat im Vorfeld der Ministerkonferenz einen langen Forderungskatalog eingereicht. Dieser setzt sich unter anderem für eine erweiterte Sonder- und Präferenzbehandlung von Entwicklungsländern und ihre Gleichstellung mit am wenigsten entwickelten Ländern (LDCs) ein. Die USA und andere WTO-Mitglieder wie die EU lehnten dies strikt ab. Die USA unterstützen Sonderregelung, wollten diese aber auf LDCs beschränken. Grundsatzentscheidungen wurden hierzu in Nairobi nicht getroffen.

Sonder- und Präferenzbehandlung der LDCs: Ein zentraler Verhandlungspunkt beim Thema Sonder- und Präferenzbehandlung der LDCs war der zoll- und quotenfreie Marktzugang (*duty free, quota free*, DFQF). Während der Ministerkonferenz im Jahr 2005 hatten die WTO-Mitglieder fünf entwicklungspolitische Beschlüsse angenommen. Dazu gehörte auch der zoll- und quotenfreie Marktzugang für alle Produkte aus diesen Ländern bis spätestens 2008. Die Europäische Union gewährt bereits mit ihrer *Everything But Arms*-Initiative seit 2001 LDCs zoll- und quotenfreien Zugang für alle Waren (bis auf Waffen und Munition) zum EU-Markt. Andere Industrieländer wie Japan und die USA haben sich zwar angeschlossen, doch sind ihre Programme mit Einschränkungen verbunden. Die US-Programme für DFQF begünstigen lediglich ausgewählte Staaten in Afrika und in der Karibik und decken nur gut 80 Prozent der Zolllinien ab. Das EU-Programm hingegen gilt für alle LDCs und schließt über 98 Prozent der Importe ein. Gerade die asiatischen LDCs Bangladesch und Kambodscha forderten in Nairobi eine Erweiterung des DFQF. Der US-Kongress hatte den *African Growth and Opportunity Act* (AGOA) und eine entsprechende Regelung für Haiti jedoch erst in diesem Jahr bis 2025 verlängert. Entsprechend unwillig zeigte sich die US-Regierung, ihr DFQF auf alle LDCs auszudehnen. Insbesondere US-Textilproduzenten befürchteten wachsende Konkurrenz aus Asien. Auch die LDCs, die bereits von präferentiellen Zöllen der USA profitieren, sind gegen die Ausweitung des Programms auf alle LDCs. Sie befürchteten, einen wichtigen Wettbewerbsvorteil zu verlieren. In Nairobi gab es keine Einigung zu DFQF. Jedoch wurde beschlossen, die präferenziellen Ursprungsregeln für LDCs zu vereinfachen. Dies wurde bereits bei der 9. WTO-Ministerkonferenz in Bali beschlossen und jetzt in spezifische Vorgaben festgehalten. Diese betreffen beispielsweise die Kalkulationsmethoden, denen zufolge sich ein Produkt aus LDCs für Zollpräferenzen qualifiziert. Außerdem wurden Ausnahmeregelungen bis Ende 2030 verlängert, die es Dienstleistern aus LDCs erleichtern sollen, international tätig zu werden.

Transparenz: Ungeachtet der im Vorfeld als gering bewerteten Einigungschancen spielte auch das Thema Transparenz in Nairobi eine wichtige Rolle. Stärkere Transparenzregeln über Anti-Dumping-Maßnahmen und Subventionen im Fischerreibereich wurden von den USA unterstützt. Letztlich konnten sich die Verhandlungsführer aber nicht einigen. Für Freihandelsabkommen sollten ursprünglich auch umfangreichere Notifizierungspflichten vereinbart werden. Die WTO-Mitglieder waren über den Punkt aber so uneins, dass der Vorschlag in Nairobi nicht auf den Verhandlungstisch kam.

Handelserleichterung: In der Ministererklärung wurde auch das TFA hervorgehoben, das sich zurzeit in der Ratifizierungsphase befindet. In Nairobi notifizierten sechs weitere Länder ihre TFA-Annahme bei der WTO. Damit haben 63 Staaten das TFA ratifiziert, darunter die USA als einer der ersten. Das Abkommen tritt in Kraft, sobald es von zwei Dritteln der WTO-Mitglieder ratifiziert wurde. Um die Umsetzung des TFA in Entwicklungsländern zu unterstützen und die Abstimmung zwischen Gebern und Empfängern zu koordinieren, sind bereits verschiedene Initiativen angelaufen. USAid gehört zu den Mitinitiatoren und größten Gebern der Globalen Allianz für Handelserleichterung, die am Rande der Ministerkonferenz verkündet wurde. Mit einem Budget von circa \$70 Millionen sollen konkrete Projekte in Entwicklungs- und Schwellenländern gefördert werden. In der Allianz engagieren sich auch die deutsche Bundesregierung und der BDI.

Abkommen über Informationstechnologie: Als führende Nation bei der Informationstechnologie wurde die in Nairobi erfolgreich ausgehandelte Erweiterung des WTO-Abkommens über Informationstechnologiegüter (ITA II) von der USA besonders begrüßt. Nach Einschätzungen der WTO wird das ausgeweitete Abkommen IT-Exporte der USA im Wert von jährlich \$180 Milliarden zollfrei stellen. Demensprechend rechnete USTR Froman in seiner Pressemitteilung damit, dass der Deal die US-Technologieausfuhren deutlich beflügeln und neue Jobs schaffen werde. Außerdem sah er das zwischen 53 WTO-Mitgliedern vereinbarte Abkommen als Bestätigung seiner These, dass die WTO mit einem pragmatischen Vorgehen erfolgreich Handelsliberalisierungen vorantreiben könne.

Verhandlungsprozess nach Nairobi: Die WTO-Mitglieder konnten sich in Nairobi nicht auf die Zukunft der DDA verständigen. Zu den Streitpunkten gehörte die Frage, ob beziehungsweise unter welchen Bedingungen die DDA weiter verhandelt werden soll. Die USA setzen sich zusammen mit anderen Industrieländern dafür ein, dass den verbleibenden Kernthemen der DDA wieder mehr Aufmerksamkeit geschenkt wird. Dazu zählt insbesondere der Marktzugang im Industriegüter- und Dienstleistungshandel. Sie sprachen sich zudem dafür aus, aufgrund des sich gewandelten weltwirtschaftlichen Umfelds die Verhandlungstexte von 2008 aufzugeben. Zudem warben die USA dafür, dass neue Themen auf die Agenda der WTO gesetzt werden. Die Entwicklungsländer sprachen sich vehement für eine Fortsetzung der DDA und gegen eine Erweiterung der Agenda um neue Themen aus. Die Ministererklärung von Nairobi erkennt diese Meinungsverschiedenheit über die Zukunft der DDA und die Aufnahme neuer Themen explizit an. Einigkeit konnte nur bei einzelnen Punkten erzielt werden. Dazu zählt die Entscheidung, dass über unerledigte Themen wie Marktzugang und interne Stützung weiter verhandelt werden soll. Offen bleibt, auf welcher Grundlage, zu welchen Fristen oder in welcher Form dies geschehen soll. Bekräftigt wird die Absicht, an einer gestärkten Verhandlungsfunktion der WTO zu arbeiten. Die Ministererklärung sagt deutlich, dass neue Themen nur dann multilateral verhandelt werden können, wenn alle Mitglieder einverstanden sind. Es bleibt also abzuwarten, ob die von Froman erhoffte neue Phase in der WTO tatsächlich nach Nairobi eintritt.

Außen- und Sicherheitspolitik

Kampf gegen ISIS

Die US-geführte Allianz gegen ISIS hat seit August 2014 fast 8.900 Lufteinsätze gegen ISIS sowie andere terroristische Gruppierungen im Irak und in Syrien durchgeführt. Zudem sind über 3.000 US-Militärberater zur Unterstützung der irakischen Armee im Irak stationiert. Der US-geführte Kampf gegen ISIS steht aufgrund seiner anscheinenden Erfolglosigkeit unter massiver Kritik in der US-amerikanischen Öffentlichkeit. Darüber hinaus soll das US-Militär Presseberichten zufolge seine Erfolgsbilanz geschönt haben.

Anfang Oktober gab die US-Administration eine „breitere Strategie“ im Kampf gegen ISIS bekannt. Präsident Obama kündigte an, den erfolglosen Versuch aufzugeben, eine neue syrische Miliz aufzustellen, die lediglich gegen ISIS, nicht jedoch gegen Baschar al Assad kämpfen sollte. Stattdessen wollen die USA bestehende, moderate syrische Milizen durch Training, Ausrüstung und mehr koordinierte Luftschläge stärker unterstützen. US-Verteidigungsminister Ashton Carter kündigte eine steigende Zahl von Bodeneinsätzen US-amerikanischer Spezialkräfte an, die auch dauerhaft im Irak stationiert werden sollen. Bei einer Kommandoaktion gegen ISIS starb im Oktober der erste US-Soldat im Irak seit 2011. Eine breit angelegte Bodenkampagne der US-Armee, die unter anderem von den republikanischen Präsidentschaftskandidaten Kasich und Graham gefordert wurde, schließt die Obama-Administration aus.

In Folge der Anschläge in Paris sicherte Obama Präsident François Hollande zu, die Luftangriffe auf ISIS-Stellungen weiter zu intensivieren. Auch nach dem Terroranschlag in San Bernardino lehnt Obama eine Strategieänderung und den Einsatz von Bodentruppen weiterhin ab. Nach dem Anschlag erklärte Obama, die USA dürfe sich von ISIS nicht in einen „langen und kostspieligen Bodenkrieg im Irak oder in Syrien hineinziehen lassen“. Auch dürfe es nicht passieren, „dass dieser Kampf als Krieg zwischen Amerika und dem Islam definiert wird“. Umfragen ergaben nach dem Terroranschlag erstmals eine Mehrheit für den Einsatz von US-Bodentruppen gegen ISIS.

Syrien-Krise

Seit 2011 sind in Syrien über 300 000 Menschen an den Folgen des Bürgerkrieges gestorben. Die Zahl der Flüchtlinge liegt bei mehr als zwölf Millionen. Die US-Administration sieht die Hauptschuld bei Assad, dessen Absetzung sie mittelfristig als Voraussetzung für eine friedliche Zukunft Syriens betrachtet. Kurzfristig gilt die Priorität der US-Administration jedoch zunehmend dem Kampf gegen ISIS. Sie lehnt auch weiterhin die Schaffung einer *no-fly*-Zone als Rückzugsgebiet für moderate Milizen und Flüchtlinge ab. Nach Ansicht Obamas wäre eine *no-fly*-Zone ohne den Einsatz von Bodentruppen nicht durchführbar und könnte zu militärischen Konflikten mit der Assad-Regierung sowie deren Unterstützern führen.

Ende September griff Russland überraschenderweise durch Lufteinsätze in den syrischen Bürgerkrieg ein. Die russische Regierung argumentiert, hiermit zur Bekämpfung des internationalen Terrorismus beizutragen. Die US-Administration kritisierte den Eingriff Russlands als eskalierend, kontraproduktiv und ein Zeichen von Schwäche. Nach Ansicht der US-Administration ist das einzige Ziel des russischen Eingriffs die Stärkung Assads, da sich ein Großteil der russischen Lufteinsätze gegen moderate Milizen richten würde, die gegen Assad kämpfen. Obama verkündete dennoch, dass er es begrüßen würde, wenn Russland sich am Kampf gegen ISIS beteiligt. Eine von Russland angebotene Koordinierung mit US-Luftschlägen lehnten die USA ab. Die USA und Russland vereinbarten jedoch ein Protokoll, um den Zusammenstoß von Kampfflugzeugen zu verhindern. Auf den Abschuss eines russischen Kampfflugzeugs durch den NATO-Verbündeten Türkei reagierte die US-Administration zurückhaltend und forderte Deeskalation.

Die US- sowie die russische Regierung zeigten bei den Wiener Verhandlungen über die Syrienkrise im Oktober und November Kompromissbereitschaft. An den Verhandlungen nahmen insgesamt 17 Staaten sowie Vertreter der EU und der Vereinten Nationen teil. Ergebnis war ein Friedensplan, der ab dem 1. Januar 2016 Verhandlungen zwischen der syrischen Regierung und nicht-terroristischen Oppositionsgruppen über einen Waffenstillstand vorsieht. Der Waffenstillstand soll bis spätestens Mai 2016 vereinbart werden. Ab Mai 2016 soll eine Übergangsregierung eine neue Verfassung ausarbeiten, unter der ein Jahr später freie Wahlen stattfinden würden. Während die US-Regierung offiziell immer noch auf eine Absetzung Assads besteht, ist sie im Zuge der Wiener Verhandlungen von der Position abgerückt, dies an den Anfang der Transition und eines Friedensplans zu stellen. Die Rolle Assads wird im Wiener Friedensplan nicht erwähnt. Obama lobte die Rolle Russlands in den Verhandlungen.

Anfang Dezember verkündete Außenminister Kerry, dass ein Rücktritt Assads seiner Ansicht nach keine Voraussetzung für eine Kooperation moderater Milizen mit der syrischen Armee im Kampf gegen ISIS wäre. Dies kann als Abmilderung der US-Position gegenüber Assad bewertet werden.

Lage im Südchinesischen Meer

Ende Oktober passierte ein US-Kriegsschiff von China beanspruchte Gewässer im Südchinesischen Meer. Wenige Tage später überflogen zwei US-amerikanische B-52 Bomber von China beanspruchte Inseln. Die chinesische Regierung kritisierte die Vorfälle scharf und bestellte den US-Botschafter ein.

China betrachtet 90 Prozent des Südchinesischen Meeres als sein Hoheitsgebiet. Dies kollidiert mit Gebietsansprüchen Bruneis, Vietnams, der Philippinen, Malaysias und Taiwans. Seit 2013 besetzt China unbewohnte Inseln im umstrittenen Gebiet und stellt durch Riffaufschüttungen künstliche Inseln her. Die USA befürchten, dass China seine Landgewinnungen nutzt, um militärische Anlagen in der Region zu errichten. Die chinesische Regierung bestreitet dies.

Die US-Regierung bezieht offiziell keine Position zu den konkurrierenden Gebietsansprüchen im Südchinesischen Meer. Allerdings kritisiert sie die Landgewinnung Chinas und fordert, den Territorialstreit friedlich vor internationalen Gremien zu lösen. Nach Ansicht der US-Regierung stellt die Befahrung der umstrittenen Gebiete keine Provokation dar, da es sich nach geltendem Völkerrecht um internationale Gewässer handle. Völkerrechtlich besteht für Kleinst- und künstliche Inseln kein Anspruch auf die exklusive Zwölf-Seemeilen-Zone. Mit der Durchfahrung der umstrittenen Gewässer will die US-Regierung die Schifffahrtfreiheit im Südchinesischen Meer

demonstrieren. Diese ist für die USA sowohl militärisch als auch wirtschaftlich wichtig. Jährlich werden Waren im Wert von über \$5 Billionen durch das Südchinesische Meer transportiert.

Im Rahmen des APEC-Gipfels kündigte Obama an, die Militärhilfe für die Marine von südostasiatischen Staaten um \$250 Millionen zu erhöhen. Der Schritt wurde allgemein als Reaktion auf Chinas zunehmend offensives Verhalten im Südchinesischen Meer bewertet. Die USA haben einen militärischen Beistandspakt mit den Philippinen und hatten 2014 vereinbart, Militärstützpunkte für die US-Marine und -Luftwaffe in dem Land aufzubauen.

APEC-Gipfel

Am 18. und 19. November fand in Manila der diesjährige Gipfel der Asiatisch-Pazifischen Wirtschaftsgemeinschaft (APEC) statt. Die APEC wurde 1989 als Forum informeller Gespräche zwischen den Staats- und Regierungschefs der Pazifikanrainergebiete ins Leben gerufen. Zu den 21 APEC-Mitgliedern, die 57 Prozent der Weltwirtschaft repräsentieren, gehören unter anderem die USA, China, Japan und Russland.

Präsident Obama warb unter APEC-Regierungen und -Unternehmern für verstärkte Anstrengungen gegen den Klimawandel und ein ambitioniertes Klimaabkommen in Paris. Besonders betonte er die wirtschaftlichen Möglichkeiten von Investitionen in erneuerbare Energien. Ein weiteres Schwerpunktthema des APEC-Gipfels war die TPP. Alle zwölf TPP-Parteien sind APEC-Mitglieder. Andere APEC-Mitglieder wie Indonesien, Taiwan und die Philippinen haben Interesse bekundet, dem Abkommen beizutreten. Der chinesische Präsident Xi Jinping nutzte den APEC-Gipfel hingegen, um für das Projekt einer asiatisch-pazifischen Freihandelszone (FTAAP) zu werben. Neben dem Klimawandel und der Weltwirtschaft behandelte die Gipfel-Erklärung auch den gemeinsamen Kampf gegen Terrorismus.

Auf der abschließenden Pressekonferenz forderte Obama, die Landaufschüttung und Militarisierung im Südchinesischen Meer zu beenden. Die Gebietsstreitigkeiten im Südchinesischen Meer waren aufgrund chinesischen Drucks nicht Teil der offiziellen Gipfel-Agenda gewesen.

Ausblick

Infolge des terroristischen Anschlags in San Bernardino wird die politische Debatte in den USA in den nächsten Wochen von Diskussionen über Waffengesetze, Rechte der Sicherheitsbehörden sowie Immigration dominiert werden. Dies droht, die politischen Lager in den USA weiter zu polarisieren. Die Zersplitterung der republikanischen Partei sowie die Schwäche ihrer Führung zeigen sich sowohl bei dem immer noch völlig offenen Nominierungsrennen als auch im Kongress, in dem wiederholt viele republikanische Abgeordnete gegen Projekte ihrer Partei stimmen.

Neben der Terrorgefahr wird sich die US-Regierung in den kommenden Monaten vor allem auf die Klimapolitik, die Verabschiedung der TPP sowie geopolitische Krisen fokussieren. Angesichts eines kompromissunwilligen Kongresses wird Obama in seinem letzten Präsidentschaftsjahr weiterhin auf seine Exekutiv- und Vetorechte zurückgreifen müssen, um wichtige Projekte voranzutreiben. Seine Vetomacht müsste Obama gegebenenfalls einsetzen, um zu verhindern, dass Republikaner Projekte wie den *Climate Power Plan* untergraben.

Wirtschaftlich entwickeln sich die USA weiterhin stark und glänzen durch positive Arbeitsmarktzahlen. Das Wachstum wird vor allem vom privaten Konsum getragen, doch auch die Investitionen sind auf einer soliden Basis. Die Leitzinserhöhung wurde seit einiger Zeit von den Finanzmärkten, Unternehmen sowie Verbrauchern erwartet und wird somit wenig Auswirkungen auf das Wachstum haben. Der starke US-Dollar sowie die wirtschaftliche Schwäche in Schwellenländern und Europa drohen jedoch, den Handel weiter zu belasten.

Quellenverzeichnis

Advisory Committee for Trade Policy and Negotiations, *The Trans-Pacific Partnership (TPP), The Report of the Advisory Committee For Trade Policy and Negotiations*, <<https://ustr.gov/sites/default/files/Advisory-Committee-on-Trade-Policy-and-Negotiations.pdf>> (eingesehen am 14.12.2015).

Airwars, <<http://airwars.org/>> (eingesehen am 7.12.2015).

APEC, *2015 Meeting of APEC Ministers Responsible for Trade Statement*, 24.5.2015, <http://www.apec.org/Meeting-Papers/Ministerial-Statements/Trade/2015_trade.aspx> (eingesehen am 15.12.2015)

Federal Reserve Bank of Dallas, *Oil Prices Sink in Third Quarter*, 3. Quartal 2015, <<http://www.dallasfed.org/research/energy/2015/en1503.cfm>> (eingesehen am 7.12.2015).

Federal Reserve Bank of New York, *Household Debt and Credit Report*, <<https://www.newyorkfed.org/micro-economics/hhdc.html>> (eingesehen am 8.12.2015).

Federal Reserve Bank of New York, *Quarterly Report on Household Debt and Credit*, November 2015, <https://www.newyorkfed.org/medialibrary/interactives/householdcredit/data/pdf/HHDC_2015Q3.pdf>.

Food and Agriculture Organization of the United Nations, *Compare Data*, <<http://faostat3.fao.org/compare/E>>.

Froman, M., *Remarks to the Opening Plenary Session of the 10th Ministerial Conference of the WTO*, 17.12.2015.

Inside U.S. Trade, <<http://insidetrade.com/>>.

IWF, *World Economic Outlook*, Oktober 2015, <<https://www.imf.org/external/pubs/ft/weo/2015/02/weo-data/index.aspx>> (eingesehen am 3.12.2015).

Letter to Michael Froman, 14.12.2015, <<https://soygrowers.com/wp-content/uploads/2015/12/NR-121515-Nairobi-WTO-Ministerial-Letter-F1.pdf>> (eingesehen am 16.12.2015).

OECD, *United States - Economic forecast summary (November 2015)*, November 2015, <<http://www.oecd.org/unitedstates/united-states-economic-forecast-summary.htm>> (eingesehen am 3.12.2015).

Office of Management and Budget, *Historical Tables*, Februar 2015, <<https://www.whitehouse.gov/sites/default/files/omb/budget/fy2016/assets/hist.pdf>>.

Malmström, C., *EU Statement – EU Pushing for Ambitious Outcomes in Nairobi*, Plenary of the 10th WTO Ministerial Conference, 16.12.2015.

Pritzker, P., *Statement from U.S. Secretary of Commerce Penny Pritzker on European Court of Justice Safe Harbor Framework Decision*, 6.10.2015, <<https://www.commerce.gov/news/press-releases/2015/10/statement-us-secretary-commerce-penny-pritzker-european-court-justice>> (eingesehen am 7.12.2015).

Real Clear Politics, *Presidential Race 2016 – Polls*, <http://www.realclearpolitics.com/epolls/latest_polls/> (eingesehen am 18.12.2015).

Schnepf, R., *U.S. International Food Aid Programs: Background and Issues*, 1.4.2015, <<https://www.fas.org/sgp/crs/misc/R41072.pdf>>.

SEB, *Investment Outlook*, Dezember 2015, <http://sebgroup.com/siteassets/corporations_and_institutions/prospectuses_and_downloads/research_reports/investment_outlook/2015/2015_12_investment_outlook.pdf>.

Standard & Poor's, *Impact Of The Debt Ceiling Debate On The U.S. Economy – Getting Worse By The Day*, 16.10.2016, <<http://www.spindices.com/documents/commentary/debtceiling-shutdown.pdf>>.

Stokes, B., *Americans' Views on Trade, TTP & TTIP*, 7.10.2015, <<https://wita.org/wp-content/uploads/2015/10/Bruce-Stokes-Politics-in-Trade-10.7.15.pdf>>.

The World Bank, *Data*, <<http://data.worldbank.org/>>.

UNCTAD, *UNCTADstat*, <http://unctadstat.unctad.org/wds/ReportFolders/reportFolders.aspx?sCS_ChosenLang=en>.

U.S. Bureau of Labor Statistics, <<http://www.bls.gov/>>.

U.S. Department of Agriculture, *Foreign Agricultural Trade of the United States*, <[http://www.ers.usda.gov/data-products/foreign-agricultural-trade-of-the-united-states-\(fatus\).aspx](http://www.ers.usda.gov/data-products/foreign-agricultural-trade-of-the-united-states-(fatus).aspx)>.

U.S. Department of Housing and Urban Development, *National Housing Market Summary Second Quarter 2015*, September 2015, <http://www.huduser.gov/portal/sites/default/files/pdf/NationalSummary_2q15.pdf>.

U.S. Department of Treasury, *Federal Debt: Total Public Debt as Percent of Gross Domestic Product*, 2.12.2015, <<https://research.stlouisfed.org/fred2/series/GFDEGDQ188S>> (eingesehen am 4.12.2015).

U.S. Energy Information Administration, <<http://www.eia.gov/>>.

U.S. Energy Information Administration, *Short-Term Energy Outlook*, Dezember 2015, <https://www.eia.gov/forecasts/steo/pdf/steo_full.pdf> (eingesehen am 7.12.2015);

U.S. Energy Information Administration, *Short-Term Energy Outlook*, November 2015, <https://www.eia.gov/forecasts/steo/pdf/steo_full.pdf> (eingesehen am 7.12.2015).

USTR, *TPP Full Text*, <<https://ustr.gov/trade-agreements/free-trade-agreements/trans-pacific-partnership/tpp-full-text>> (eingesehen am 16.12.2015).

Washington News-ABC News Poll, <<https://assets.documentcloud.org/documents/2487077/2015-10-18-trend-for-release.pdf>> (eingesehen am 17.12.2015).

Wiekert, M., *Wirtschaftstrends Jahreswechsel 2015/16 – USA*, 1.12.2015, <<https://www.gtai.de/GTAI/Navigation/DE/Trade/Maerkte/Wirtschaftsklima/wirtschaftstrends,t=wirtschaftstrends-jahreswechsel-201516--usa,did=1361804.html>>.

WTO, *Statistical Database*, <<http://stat.wto.org/Home/WSDBHome.aspx?Language=>>>.

Wyke, R., B. Stokes und J. Poushter, *Global Publics Back U.S. on Fighting ISIS, but Are Critical of Post-9/11 Torture*, 23.6.2015, <<http://www.pewglobal.org/files/2015/06/Balance-of-Power-Report-FINAL-June-23-20151.pdf>>.

Impressum

Bundesverband der Deutschen Industrie e.V. (BDI)
Breite Straße 29, 10178 Berlin
www.bdi.eu
T: +49 30 2028-0

Autoren

Richard Cuntz
T: +49 30 2028-1698
r.cuntz@bdi.eu

Julia Howald
T: +49 30 2028-1483
j.howald@bdi.eu

Henry von Klencke
T: +49 151 40727562
h.klencke@bdi.eu

Dr. Stormy-Annika Mildner
T: +49 30 2028-1562
s.mildner@bdi.eu

Ellen Scholl
Bosch Fellow im BDI von Oktober 2015 bis Januar 2016

Eckart von Unger
T: +32 2792-1011
e.unger@bdi.eu